TRANSPARENZ-BERICHT 2018

Campact wirkt: Alle Zahlen und Kampagnen im Überblick

Bewegt Politik
campact!

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Unsere Vision	4
Herzlichen Dank!	5
KAMPAGNEN	6
So engagierten sich Campact-Unterstützer*innen	7
Wir machen Schlagzeilen	8
Ergebnisse der Kampagnenarbeit im Jahr 2018	9
Kampagnen im Einzelnen	12
WeAct-Kampagnen	31
FINANZEN	35
Engagement durch Spenden	36
Einnahmen	37
Ausgaben	42
Jahresergebnis	49
Vermögen und Geldanlage	51
Jahresabschluss 2018	52
ÜBER UNS	61
Gründungsgeschichte	62
Wie Campact einkauft	63
Kurzprofil	64
Anhang	66
Impressum	68
Fördern Sie Campact	69

Editorial

Liebe*r Leser*in,

in der Nacht auf den 9. Januar zerstörte ein Brandanschlag unser Materiallager in Verden – bis auf die Grundmauern. Über 2.500 Utensilien aus 15 Jahren Bürgerbewegung sind verbrannt: Politiker*innen-Köpfe aus Pappmaché, das Monsanto-Monster oder unser Fracking-Bohrturm – alles nur noch Asche.

Als wir unsere Unterstützer*innen über den Brand informierten, standen sie sofort zur Seite. Eine Welle der Solidarität erreichte uns – und begleitete uns das gesamte Jahr 2018. Campact wurde kreativer und stärker. Über 2 Millionen Menschen unterstützten Ende des Jahres unsere Bürgerbewegung, 68.944 förderten Campact regelmäßig und 86.827 spendeten für unsere Kampagnen. Mehr zu unseren Finanzen finden Sie auf den Seiten 35–60.

Dank dieser überwältigenden Unterstützung haben wir gemeinsam viel erreicht. Wir konnten neue Aktionsformen ausprobieren und Menschen im ganzen Land dabei unterstützen, ihre progressiven Anliegen voranzubringen. Von der größten Klima-Demo Deutschlands bis hin zu unseren Forderungen im hessischen Koalitionsvertrag: Auf den Seiten 6–34 erfahren Sie alles über unsere Kampagnen.

Das Jahr begann für uns mit einer Tragödie – und wurde zu einem der stärksten Jahre unserer Bürgerbewegung. 2018 hat bewiesen: Halten wir zusammen, kann uns niemand schaden.

Mit herzlichen Grüßen

Dr. Felix Kolb
Campact-Vorstand

Tina Musil
Teamleiterin Fundraising

Unsere Vision

Campact ist eine Bürgerbewegung, mit der über 2,2 Millionen Menschen für progressive Politik streiten (Stand: August 2019). Wenn wichtige Entscheidungen anstehen, wenden wir uns mit Online-Appellen direkt an die Verantwortlichen in Parlamenten, Regierungen und Konzernen. Wir schmieden Bündnisse, debattieren mit Politiker*innen und tragen unseren Protest auf die Straße: mit großen Demonstrationen und lokalen Aktionen. Leere Worte lassen wir nicht gelten – unser Maßstab ist tatsächlich umgesetzte Politik. Finanziert durch Spenden verfolgen wir unsere Anliegen unabhängig von Parteipolitik und Wirtschaftsinteressen.

Unsere Kampagnen treiben sozialen, ökologischen und demokratischen Fortschritt voran – für eine Welt, in der alle Menschen ihre Freiheit gleichermaßen verwirklichen können. Progressiv nennen wir Politik, die …

… unsere Umwelt schützt und Frieden schafft,
… demokratische Teilhabe stärkt und gleiche Bildungschancen gewährleistet,
… Bürgerrechte verteidigt und Geflüchtete willkommen heißt,
… für soziale Gerechtigkeit sorgt und für eine solidarische Steuerpolitik eintritt,
… die Diskriminierung abbaut und Gleichberechtigung herstellt.

Diese Ziele verbinden uns mit sozialen Bewegungen, in die wir uns einbringen und als deren Teil wir uns verstehen. Um die Ziele zu verwirklichen, ist der Nationalstaat häufig zu klein. Wir treten deshalb für eine demokratische Europäische Union der Bürger*innen ein. Wir nehmen Deutschland und Europa in die Pflicht, ihrer Verantwortung für globale Gerechtigkeit nachzukommen.

Wir sind davon überzeugt, dass gesellschaftlicher Wandel nötig und möglich ist. Im Bündnis mit vielen Partner*innen haben wir Deutschlands Felder gentechnikfrei gemacht, den Atomausstieg durchgesetzt, Steuerschlupflöcher geschlossen und für mehr Transparenz in der Politik gesorgt. Das zeigt: Wir können unsere gewählten Vertreter*innen auf das Gemeinwohl verpflichten, wenn wir gemeinsam die Stimme erheben. Deswegen ist unser Motto: Bewegt Politik!

Herzlichen Dank!

Liebe Förder*innen, liebe Spender*innen,

ob beim Thema Seenotrettung, Dieselfahrverbote oder Klima: Unser Team erreichen täglich zahlreiche Hasskommentare. Ganz ehrlich, so viele Beleidigungen und Verleumdungen schwarz auf weiß sind nur schwer zu ertragen.

Doch statt zu verzweifeln, denken wir an eins: an alle Menschen, die hinter uns stehen und uns in unserer Arbeit unterstützen – ob auf einer Demo, mit einer Spende oder einem regelmäßigen Förderbeitrag.

Ihre Unterstützung macht uns Mut. Dank Ihnen stellten wir uns 2018 Hass und Hetze souverän entgegen – unter anderem mit einer Kampagne, die erste Erfolge gegen Hate Speech erzielt hat.

Von ganzem Herzen: Danke!

Viele Grüße
Das gesamte Campact-Team

PS: Alle Informationen zu unserer Kampagne gegen Hass im Netz finden Sie ab Seite 23.

Kampagnen

So engagierten sich Campact-Unterstützer*innen

Klicken, protestieren, Politik bewegen: 2 Millionen Unterstützer*innen stritten 2018 mit Campact für progressive Politik. Das sind die Zahlen ihres Einsatzes.

2,08 Millionen
informierten sich über unseren Newsletter.

Sie zwitscherten weiter:
Campact-Tweets wurden im Monat durchschnittlich
939.000 Mal gesehen.

Mit **44** Partnerorganisationen
stritten sie für gesellschaftlichen Wandel.

553.554 Fans
feierten auf Facebook unsere Erfolge.

Auf WeAct, der Petitionsplattform von Campact, starteten sie
870 Petitionen.

120
Sie besuchten Bundestagsabgeordnete, um über das Klima zu sprechen.

Ihre WeAct-Petitionen wurden
2,5 Millionen
Mal unterzeichnet.

68.944
Menschen förderten Campact mit einem regelmäßigen Beitrag.

Wir machen Schlagzeilen

Ob mit Riesenbiene in Berlin oder mit Zehntausenden Menschen am Hambacher Wald – wenn Campact-Unterstützer*innen protestieren, wird es bunt. Das macht Spaß, schafft Aufmerksamkeit und verhilft unseren Kampagnen zum Durchbruch. Denn: Sind wir in den Medien sichtbar, wächst unser Einfluss auf die Entscheidungen der Politik – so bringen wir progressive Politik voran.

Eine kleine Auswahl unserer Schlagzeilen im Jahr 2018

Im Namen der Biene: Zehntausende demonstrieren für Wende in der Agrarpolitik
Augsburger Allgemeine, 22.1.2018

Der Druck auf die Autobauer wächst: Online-Plattform verlangt, dass Konzerne für Nachrüstung der Dieselfahrzeuge zahlen sollen
Magdeburger Volksstimme, 1.3.2018

Widerstand gegen repressive Polizeigesetze
Junge Welt, 13.4.2018

Viel Solidarität für Campact
Achimer Kreisblatt, 10.4.2018

Jede dritte Kuh bleibt im Stall: Online-Petition fordert Prämie für Weidetiere von der niedersächsischen Landesregierung
Weser Kurier, 22.3.2018

Müsli-Riegel zum Hartz-IV-Tagessatz
Rhein-Neckar-Zeitung, 23.4.2018

Klima-Druck auf DGB
Die Tageszeitung, 9.5.2018

Luxemburg soll Ceta prüfen
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.6.2018

Mit schwarzen Händen für den Kohleausstieg
Neue Westfälische, 25.6.2018

Protest gegen Kohleabbau
Süddeutsche Zeitung, 25.6.2018

Schneller Kohleausstieg gefordert: Bundesweit Demonstrationen
Frankfurter Rundschau, 25.6.2018

Hunderttausende gegen Trinkwasser-Privatisierung
Main-Post, 6.7.2018

Widerstand gegen Freihandelsabkommen
Kölnische Rundschau, 7.7.2018

Verkehr-Forderung Abbiege-Assistent für Laster: Verkehrsopfer startet Petition
Reutlinger General-Anzeiger, 13.7.2018

Weiter gegen Glyphosat: Online-Aktion gegen Ackergift
Schrot & Korn, 1.8.2018

750.000 Unterschriften für den Walderhalt
Die Glocke, 27.9.2018

Bürgerbündnisse machen mobil gegen Rechtsrock in Mattstedt: 11.000 Menschen unterzeichnen Internetpetition
Ostthüringer Zeitung, 11.8.2018

Zehntausende wollen nach Hambach: Heutige Anti-Kohle-Demonstration doch genehmigt
Neue Ruhr Zeitung, 6.10.2018

Bündnis klagt gegen PAG (Polizeiaufgabengesetz)
Oberbayerisches Volksblatt, 6.10.2018

Die Waldschützer feiern
Welt am Sonntag, 7.10.2018

Auf der richtigen Seite der Abbruchkante
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.10.2018

Rabatz im Revier: Proteste gegen den Tagebau Hambach
Süddeutsche Zeitung, 29.10.2018

„Bagger meinen Wald nicht an“
Rheinische Post, 8.10.2018

Berlin und Köln: Zehntausende fordern „Stopp Kohle“
Welt am Sonntag, 2.12.2018

Zehntausende Demonstranten jubeln im Tagebau-Revier:
„Hambi bleibt!“
Abendzeitung München, 8.10.2018

Beleidigt, beschimpft, bedroht: Verein Campact fordert Konsequenzen
Frankfurter Rundschau, 12.10.2018

Protest gegen das EU-Japan-Abkommen
Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 1.11.2018

Ergebnisse der Kampagnenarbeit im Jahr 2018

Die größte Klimademo des Jahres rettete vorerst den Hambacher Wald (Buir, 6.10.)

„Die Waldschützer feiern", „Beleidigt, beschimpft, bedroht: Verein Campact fordert Konsequenzen" oder „Im Namen der Biene: Zehntausende demonstrieren für Wende in der Agrarpolitik": Unsere Bürgerbewegung hat 2018 viel bewegt – etliche Zeitungsartikel und Berichte zeigen, wo wir uns eingemischt haben.

Doch wir waren nicht nur in der Presse, sondern auch auf der Straße. Campact-Unterstützer*innen waren Teil der bis dahin **größten Klima-Demo Deutschlands**. Sie forderten den Schutz der Bienen und erreichten ein Verbot gefährlicher Pestizide. Und sie machten aus der Bekämpfung von Hate Speech ein wichtiges Anliegen im Koalitionsvertrag der neuen hessischen Landesregierung.

Ein Thema hat uns das ganze Jahr verfolgt: der Kohleausstieg. Ob im Hambacher Wald oder vor den Toren der Kohlekommission – Jung und Alt protestierten lautstark für eine bessere Klimaschutzpolitik. Und erzielten Erfolge: **Der „Hambi" bleibt.** Ein erster Etappensieg – beim Thema Klimaschutz blieb dennoch noch viel zu tun.

Buxtehude, Landshut, Berlin-Neukölln – wir haben den Klimaschutz direkt in die Wahlkreise getragen. Bei unserer ersten Campact-Aktionskonferenz motivierten wir Campact-Unterstützer*innen dazu, selbst

aktiv zu werden – damit unser Klima-Protest in ganz Deutschland sichtbar ist. Was braucht es alles, um eine Aktion zu organisieren? Wie komme ich mit Politiker*innen ins Gespräch? Wie melde ich eine Demo an? 200 Menschen waren Anfang November in Berlin dabei. Und im Dezember besuchten viele von ihnen 120 Bundestagsabgeordnete. **Politik, so wie sie sein sollte – im Dialog auf Augenhöhe.**

Der Regenwald brennt – in deutschen Gärten. Und zwar wortwörtlich. Die Supermarktkette Rewe verkaufte Grillkohle, die Tropenholz enthielt. Mit einer Kampagne forderten wir den Supermarkt auf, die Regenwald-Kohle aus dem Sortiment zu nehmen – mit Erfolg!

Für mehr Wind- und Sonnenenergie: Als **Windräder** verkleidet machten Campact-Unterstützer*innen Wirtschaftsminister Altmaier (CDU) in Berlin richtig Wind. Leider schafft es die Große Koalition nach wie vor nicht, dass Deutschland klimaneutral wird. Auch beim Thema Diesel müssen wir weiter dran bleiben: Die Regierung hat noch immer nicht entschieden, wer für den **Dieselskandal** bezahlt.

2018 war für Campact auch das Jahr der Biene: Im Januar flog unsere **aufblasbare, acht Meter lange Riesenbiene** über die „Wir haben es satt"-Demo. Im Frühjahr ging sie gemeinsam mit Campact-Unterstützer*innen auf Bienenrettungstour – und machte mächtig Eindruck bei Julia Klöckner (CDU): Die Agrarministerin stimmte im April in Brüssel für das Verbot von drei bienentötenden Insektiziden.

Nicht immer erreichen wir unser Ziel sofort: 2018 kämpften wir weiter gegen unfaire und undemokratische Handelsabkommen wie **CETA**, **JEFTA** oder **Mercosur**. CETA, das Abkommen mit Kanada, muss in Deutschland noch im Bundestag und Bundesrat ratifiziert werden. Deshalb ist es wichtig, dass möglichst viele Bundesländer CETA die Unterstützung verweigern. Hier setzten wir an – mit einem

Aufblasbar, acht Meter lang, bedroht: Unsere Riesenbiene auf der „Wir haben es satt"-Demo (Berlin, 20.1.)

Sonnige Aussichten für die Meinungsvielfalt: Unsere Forderungen gegen Hate Speech sind im hessischen Koalitionsvertrag (Wiesbaden, 2.6.)

Eil-Appell nach der bayerischen Landtagswahl an die Freien Wähler. Und der zeigte Wirkung: Der Koalitionsvertrag mit der CSU enthält keine Zustimmung zu CETA – obwohl die CSU das Abkommen klar befürwortet. Mit seinen sechs Stimmen könnte Bayern im Bundesrat den Ausschlag geben.

In Hessen haben wir das scheinbar Unmögliche geschafft. Wir haben das sonst ignorierte Thema **Hate Speech** auf die politische Agenda gesetzt – mit einem Eil-Appell, Aktionen auf Parteitagen und einer hessenweiten Studie direkt vor der Landtagswahl. Hass im Netz ist eine Gefahr für uns alle und bedroht unsere Demokratie. Der vereinte Protest der Campact-Unterstützer*innen kam an: CDU und Grüne haben viele unserer Forderungen im **Koalitionsvertrag** aufgenommen. Jetzt müssen andere Bundesländer nachziehen!

Hass im Netz begegnet auch all jenen, die sich für Geflüchtete einsetzen – zum Beispiel dem **Sea-Watch-Aktivisten Ruben Neugebauer**. Gemeinsam mit der Organisation Sea-Watch rettet er Menschen im Mittelmeer vor dem Ertrinken. Doch seit dem Sommer 2018 setzen Regierungen die Rettungsschiffe immer wieder fest. Ruben Neugebauer wollte nicht tatenlos zusehen. Also startete er eine Petition auf WeAct – der Petitionsplattform von Campact. Über **200.000 Menschen** schlossen sich ihm an. Mit WeAct gestalten Menschen Politik aktiv mit – mit eigenen Ideen und viel Unterstützung vom WeAct-Team: So kamen 2018 über 2,5 Millionen Unterschriften zusammen.

Ob Hass im Netz, Klimaschutz oder Handelspolitik: Gemeinsam bringen wir unsere Ziele voran. **Vielen Dank an alle, die an unserer Seite stehen!**

Kampagnen im Einzelnen

Klimaschutz und Energiepolitik

Fulminanter Abschluss unseres Anti-Kohle-Protests 2018: Zehntausende demonstrieren in Köln und Berlin (Köln, 1.12.)

Kohleausstieg und Hambacher Wald

In den Wipfeln der alten Buche, halb verdeckt von Blättern, hängt das Baumhaus: Es ist Zufluchtsort und Zuhause der Bewohner*innen im Hambacher Wald. **Seit Jahren leben sie im „Hambi" – einem uralten Hainbuchen-Wald – und schützen das Biotop vor den Kohle-Baggern.** Die gigantischen Schaufeln fressen sich immer näher an den Wald heran. Große Teile hat der Tagebau Hambach in den vergangenen Jahren schon verschlungen.

Eilt: Wald retten, Kohle stoppen

Im September 2018 eskalierte der Streit: **Der Betreiber des Tagebaus RWE wollte die Baumhäuser räumen lassen – und das letzte Stück des Hambacher Waldes roden.** Dabei tagte zeitgleich in Berlin die Kohlekommission, um über den Kohleausstieg zu entscheiden. Wären im „Hambi" die Bäume gefallen, hätte das die Kommission wohl platzen lassen.

Größter Polizeieinsatz NRWs trifft auf riesige Bürgerbewegung

Die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ordnete den größten Polizeieinsatz in der Geschichte des Landes an: Wie RWE wollte auch die Landesregierung von Armin Laschet (CDU) die Baumhäuser räumen lassen.

Was dann folgte, hatte niemand erwartet: Eine riesige Bürgerbewegung machte sich auf, den Wald zu retten und den Kohle-Irrsinn aufzuhalten. **Mehr als 850.000 Menschen unterzeichneten innerhalb weniger Wochen unseren gemeinsamen Eil-Appell mit Greenpeace und BUND.** Jede Woche reisten Familien aus dem ganzen Land an – zu Sonntagsspaziergängen. Sie pflanzten Setzlinge, malten Transparente und unterstützten die Menschen im Hambacher Wald.

Kohlekommission im Visier

Parallel wuchsen die Proteste vor den Sitzungen der Kohlekommission. Diese Runde – berufen von der Bundesregierung, um einen Ausstiegsfahrplan auszuhandeln – hatten wir von Beginn an scharf im Blick. Schon ihre Besetzung verhieß nichts Gutes, waren doch die Verfechter*innen der Kohle deutlich in der Überzahl. Immerhin: Die WeAct-Petentin Antje Grothus durfte die Anti-Kohle-Initiativen aus NRW in der Kommission vertreten, und auch BUND und Greenpeace saßen mit am Tisch. **Wann immer die Runde tagte, ob in Berlin oder im Rheinland: Wir waren da.** Gleich zur Auftaktsitzung im Juni protestierten Campact-Aktive in über 40 Städten gegen die Kohle. Und als der Streit um den „Hambi" eskalierte, waren wir mit lebensgroßen Papp-Bäumen vor Ort.

Campact-Unterstützer*innen bringen unsere Forderungen wieder und wieder zur Kohlekommission (Berlin, 12.10.)

Freudenfest im Hambacher Wald eint Jung und Alt – sogar der Hund ist dabei (Buir, 6.10.)

Das Unvorstellbare passiert

Mitte September rückten im Hambi die Polizeikräfte an, räumten Baumhäuser, fällten Bäume und trugen die Bewohner*innen aus dem Wald. Dabei geschah ein entsetzlicher Unfall: Ein Journalist stürzte aus großer Höhe ab und starb. Die Bewegung: erschüttert. Wir organisierten in Berlin eine Mahnwache – und forderten von Laschet & Co., die Räumung auszusetzen. Zeitgleich übergaben wir in einer stillen Aktion unseren Appell an die NRW-Landesregierung: Redet endlich, statt zu roden! Doch die Regierung setzt die Räumungsarbeiten nach nur wenigen Tagen fort.

Aufgeben kam für uns nicht in Frage. Gemeinsam mit Greenpeace, BUND und Naturfreunden organisierten wir für den 6. Oktober eine Großdemonstration direkt am Hambacher Wald. **Der Zuspruch war riesig, aus dem ganzen Land wurden Busse gemeldet – wir kamen kaum mit dem Drucken der Materialien nach.** Zahlreiche Musiker*innen sagten zu, darunter auch die Band Revolverheld.

Erster Sieg: Hambi? Bleibt!

Nur wenige Stunden vor der Demo fiel ein folgenreiches Urteil: Das Oberverwaltungsgericht Münster erließ einen sofortigen Rodungsstopp im Hambacher Wald. Er gilt bis zum Herbst 2019. **Und am Wald feierten 50.000 Menschen ein riesiges Freudenfest für den „Hambi“.** Es war die größte Demonstration gegen die Kohle, die dieses Land je gesehen hat. Im Wald wurden neue Baumhäuser gebaut. „Hambi? Bleibt!“ – hallte wieder und wieder durch die Luft.

Wenige Tage nach der Großdemo stiegen Tausende mutige Aktivist*innen mit „Ende Gelände“ in den Tagebau im Rheinland, um die Kohlebagger zu stoppen. Wir organisierten eine Demo direkt an der Abbruchkante: Viele Tausende Menschen solidarisierten sich mit der Aktion zivilen Ungehorsams.

Proteste für echten Klimaschutz

Auch jenseits des Hambacher Waldes waren wir immer wieder für das Klima aktiv: Anfang November luden wir über 200 Campact-Unterstützer*innen nach Berlin ein, um neue Pläne zu schmieden. Im Dezember besuchten Campact-Aktive 120 Bundestagsabgeordnete überall im Land. Ihre Forderung: Kämpft für ein starkes Klimaschutzgesetz.

Nur vier Wochen später der nächste Höhepunkt: **Zum Start der Weltklimakonferenz demonstrierten Tausende Menschen in Berlin und Köln für echten Klimaschutz.** Auch hier heißt es auf den Straßen immer wieder: „Hambi? Bleibt!“

Und er bleibt tatsächlich. Wenige Monate später legte die Kohlekommission in ihrem Abschlussbericht fest, dass der Hambacher Wald nicht gerodet werden soll. **Das ist unser aller Erfolg!** Nach den entschlossenen und friedlichen Protesten war der Kohlekommission und der Bundesregierung klar: Den „Hambi“ der Kohle opfern, das ist gesellschaftlich nicht durchsetzbar. Und dies ist vielleicht der größte Erfolg des letzten Jahres: **Mit dem Konflikt am Hambacher Wald haben wir nicht nur den Wald gerettet, sondern den Klimaschutz ganz oben auf die politische Agenda gesetzt.** Hier hat eine rasant wachsende Klimabewegung ihre Stärke gezeigt: Keine Regierung kommt mehr an ihr vorbei.

Diskutieren, vernetzen, weiterdenken: 200 Menschen kamen zu Campacts erster Aktionskonferenz (Berlin, 3.11.)

Jetzt heißt es weiterstreiten. Denn der Beschluss der Kohlekommission legt fest, dass die Kraftwerke noch bis 2038 weiterqualmen dürfen. Für die Pariser Klimaziele ist das viel zu lang, so lässt sich die Klimakrise nicht aufhalten. **Klar also, dass wir 2019 weitermachen.** Und zwar gemeinsam mit einer Klimabewegung, die so stark ist wie nie zuvor.

Erneuerbare Energien

Mehr Energie aus Sonne und Wind – das war das einzig konkrete Klima-Versprechen, das sich die Große Koalition traute. Doch dann wollte Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) ein Sonderprogramm für den Ausbau der erneuerbaren Energien aus einem Gesetzesvorschlag schmeißen.

Mit über 130.000 Unterschriften protestierten wir gegen Altmaiers Plan – und wir machten Wind in Berlin: **Verkleidet als Windräder säumten Campact-Aktive am 9. Mai den Weg zum Kanzleramt.** Auch im Netz wurde unser Protest sichtbar: Hunderte Campact-Aktive schrieben Altmaier per Twitter. Sie forderten: Blockieren Sie nicht länger die Energiewende!

Nach monatelangen Diskussionen hat sich die Regierung im November endlich geeinigt und den Weg für mehr erneuerbare Energien freigemacht: Insgesamt geht es um Sonderausschreibungen über sechs Gigawatt in den nächsten drei Jahren. **Doch die Maßnahmen reichen hinten und vorne nicht.** Um Deutschland klimaneutral zu machen, müssten jedes Jahr zehn Gigawatt Wind- und Solarenergie zugebaut werden. Deshalb bleiben wir dran und streiten weiter für eine klimafreundliche Energiewende.

Wir machen Wind in Berlin: Vor dem Kanzleramt fordern wir die Energiewende (Berlin, 9.5.)

Grillkohle

„Kohle nur zum Grillen“ – darin sind sich alle Klimaschützer*innen einig. Doch was passiert, wenn die Grillkohle Tropenholz enthält? Das Grillfest wird zur Klimasünde und gefährdet seltene Tiere wie den Jaguar oder Papageienarten – und zwar ohne, dass die Verbraucher*innen davon wissen.

Im Juli 2018 hatten wir die Chance, den Regenwald vor dem Grill zu retten – und das Tropenholz aus dem Sortiment von Rewe zu entfernen. Denn die drittgrößte deutsche Supermarktkette hat Kund*innen für sich entdeckt, die nachhaltig einkaufen. Rewe wirbt groß für den Schutz des Regenwalds. Wir forderten, dass der Supermarkt diesem Anspruch auch gerecht wird.

Innerhalb kürzester Zeit unterzeichneten 230.000 Menschen unseren Appell – mit Erfolg! **Ab 2019 verkauft Rewe nur noch zertifizierte Grillkohle.** Campact versucht oft, auf Politiker*innen einzuwirken, um progressive Themen voranzubringen. In diesem Fall haben wir uns direkt an einen Konzern gewandt. Das zeigt: Politik lässt sich auf unterschiedlichen Ebenen bewegen, wenn wir gemeinsam dafür einstehen.

Ökologische Agrarpolitik

Damit die Bienen weiter summen: Campact-Unterstützer*innen fordern das Verbot von Pestiziden (Berlin, 26.4.)

Bienengifte

Ein Sieg so süß wie Honig! Im April 2018 hat die EU mehrere gefährliche Bienenkiller – die sogenannten Neonikotinoide – im Freiland verboten. Wir hatten bis zuletzt gezittert: Erst nach langem Zögern stimmte CDU-Agrarministerin Julia Klöckner in Brüssel für das Verbot. Diesen wichtigen Erfolg konnten wir nur dank des Engagements vieler Hunderttausender Campact-Unterstützer*innen erreichen.

Ihr Protest war groß: Auf der „Wir haben es satt"-Demo protestierten wir Anfang des Jahres mit 33.000 Menschen gegen Pestizide. Über 400.000 Campact-Aktive unterzeichneten unseren Appell zur Rettung der Bienen. Wir demonstrierten bei Klöckners öffentlichen Auftritten, starteten im Frühjahr 2018 eine Rettungstour für Bienen. **Prompt kam ihr Statement: Sie werde für das Verbot stimmen.**

Nicht schon wieder Bienenkiller

Doch kaum waren die Neonikotinoide unter freiem Himmel verboten, beantragten die Chemiekonzerne DowAgroScience und der mit Monsanto fusionierte Bayer-Konzern die Zulassung drei neuer Bienen-

gifte: Sulfoxaflor, Cyantraniliprol und Flupyradifuron. Sie wirken ähnlich wie Neonikotinoide. Campact wurde wieder aktiv: **Mehr als 400.000 Menschen unterzeichneten innerhalb kurzer Zeit unseren Appell „Nicht schon wieder Bienenkiller“**. Sie forderten von Agrarministerin Klöckner und SPD-Umweltministerin Svenja Schulze, die neuen Bienenkiller nicht auf den Acker zu lassen.

Bei Sulfoxaflor hatten wir bereits Erfolg: **Das Pestizid wurde wie die Neonikotinoide unter freiem Himmel verboten – nur die Anwendung in Gewächshäusern ist erlaubt.** Anders bei Cyantraniliprol: Das Agrarministerin Julia Klöckner unterstellte Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) ließ das Bienengift im Frühjahr 2019 in Deutschland zu – gegen das Votum des Umweltbundesamtes. Ein klarer Rechtsbruch. Dagegen starteten wir 2019 eine neue Kampagne. Wir bleiben dran!

Glyphosat

Drei der gefährlichsten Bienenkiller, sogenannte Neonikotinoide, sind in der EU endlich verboten – jedenfalls unter freiem Himmel. Ein wichtiger Erfolg. Doch um das Insektensterben zu stoppen, muss auch ein anderes Pestizid von unseren Äckern verschwinden: Glyphosat.

Riesenbiene tot: Agrarministerin Julia Klöckner muss das Bienensterben endlich stoppen (Berlin, 26.4.)

Einig beim Thema Glyphosat: Campact-Vorstand Christoph Bautz trifft Umweltministerin Svenja Schulze (Berlin, 17.5.)

Wir streiten seit Jahren für das Verbot des Unkrautvernichtungsmittels: Im Dezember 2017 war das Ende zum Greifen nah. Doch dann stimmte Ex-Agrarminister Schmidt (CSU) in der EU für die fünfjährige Verlängerung des Pflanzengifts. **Ein herber Rückschlag.**

Dann der Hoffnungsschimmer: Die Große Koalition beschloss in ihrem Koalitionsvertrag, den Glyphosat-Einsatz so schnell wie möglich zu beenden. Allerdings warteten bereits zig glyphosathaltige Pestizide auf ihre Neuzulassung.

Glyphosat: Runter vom Acker

Glyphosat-Verbot bis spätestens 2021: Svenja Schulzes (SPD) Vorschlag reichte einfach nicht. Im Mai konfrontierten wir die Umweltministerin mit 400.000 Unterschriften unter unserem Appell – sie nahm ihn persönlich entgegen. **Und das wirkte nach.** Im November legte sie einen ambitionierten Ausstiegsplan vor: Glyphosat soll in Parks, Privatgärten und Naturschutzgebieten sofort untersagt werden. Auf den Äckern soll der Einsatz eingeschränkt und ab 2023 komplett verboten werden.

Damit die CDU-Agrarministerin den Plan umsetzt, starteten wir im Dezember die nächste Offensive: Zusammen mit über 215.000 Menschen forderten wir Julia Klöckner auf, einen zügigen Glyphosat-Ausstieg durchzusetzen. **Sie ist uns noch immer eine Antwort schuldig.**

Jetzt wird geklagt!
Was steht eigentlich in den Studien der Hersteller, die eine Wiederzulassung für ihre Pestizide beantragen? Das wollten wir wissen. Doch das zuständige Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hielt uns hin.

Über ein halbes Jahr verging, ehe die Behörde unsere Anfrage am 10. Dezember verweigerte. Die Begründung: Das Geschäftsgeheimnis der Konzerne wiege schwerer als unser Recht auf Umweltinformation. Unsere Konsequenz für 2019: **Wir klagen auf Einsicht in die Studien – und fordern damit milliardenschwere Chemiekonzerne wie Bayer, Syngenta und Co. heraus.**

„Wir haben es satt" und „Mia ham's satt"

Am 20. Januar 2018 demonstrierten in Berlin 33.000 Menschen für eine ökologische und solidarische Agrarpolitik – bei der neunten „Wir haben es satt"-Demo. Dieses Mal stand der Protest für uns und

„Wir haben es satt" wird zu „Mia ham's satt": Tausende protestieren in Bayern für eine ökologische Landwirtschaft (München, 6.10.)

unsere zahlreichen Bündnispartner*innen ganz im Zeichen der Biene: Gemeinsam gingen wir für eine nachhaltige Agrarpolitik auf die Straße, die auf Tiere und Umwelt Rücksicht nimmt und das Artensterben nicht weiter befeuert. **Mit einer riesigen aufblasbaren Biene war Campact mittendrin – und auf den Pressebildern zur Demo nicht zu übersehen.**

Doch nicht nur das – von Berlin ging es auch nach Bayern: In einem breiten Bündnis erinnerten wir die bayerische Landesregierung daran, dass die Bayer*innen genug haben von Artensterben, Flächenfraß und Megaställen. 18.000 Menschen demonstrierten mit uns auf den Straßen Münchens. **Ein tolles Zeichen für eine nachhaltige Agrarpolitik!**

Locker lassen werden wir auch jetzt nicht. Denn 2019 entscheidet die EU über das Budget der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) für die nächsten sieben Jahre. Für uns ist klar: Die GAP muss endlich nachhaltige Landwirtschaft in den Fokus stellen und ökologischen Landwirt*innen eine echte Perspektive bieten.

Patente auf Leben

Melone, Tomate, Gurke und Kartoffel – der niederländische Konzern ENZA und andere Agrarkonzerne haben sich Patente darauf gesichert. **Dabei waren Patente auf Pflanzen und Tiere aus herkömmlicher Züchtung eigentlich seit 2017 verboten.** Das war der Erfolg des riesigen Protests von 500.000 Menschen.

Doch das Verbot hat ein Schlupfloch – das Europäische Patentamt (EPA) patentiert einfach weiter. **Die Folge: Agrarkonzerne können komplett kontrollieren, was gezüchtet, angebaut und gegessen wird.**

Über **230.000 Menschen** forderten die damalige Justizministerin Katarina Barley (SPD) auf, im Verwaltungsrat des Europäischen Patentamts dafür zu sorgen, dass dieses Schlupfloch geschlossen wird. Die Ministerin zeigte sich gesprächsbereit. Doch im Dezember 2018 erklärte die Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts das Verbot für rechtlich unwirksam.

Somit können Patente auf Melonen, Tomaten und Braugerste wieder erteilt werden – ganz ohne Schlupflöcher. Wir sind sauer! Und demonstrierten deshalb am 27. März 2019 vor dem Europäischen Patentamt in München gegen Patente auf Leben – mit Hunderten Campact-Unterstützer*innen und gemeinsam mit zahlreichen anderen Organisationen. Denn wir sind überzeugt: Patente auf Leben müssen gestoppt werden!

Riesensmartphone und Zehntausend Unterschriften: Bei den Grünen in Hessen macht unser Appell Eindruck (Wiesbaden, 2.6.)

Hate Speech

Sie nennen sich #Infokrieg oder #Reconquista Germanica: rechtsextreme Gruppen, die sich im Netz zusammenfinden und dort regelmäßig aktiv werden. Mit Tausenden falschen Profilen fluten sie die Kommentare bei Twitter, Facebook und bei Onlinemedien. **Sie verbreiten Hass und Hetze gegen Frauen, Geflüchtete oder Menschen, die sich für eine demokratische Gesellschaft einsetzen.**

Ihr Ziel: Alle sollen denken, ihre rechtsextremen Botschaften seien die öffentliche Meinung – daher kommentieren sie so viel wie möglich. Mit Erfolg: Etablierte Medien und Politiker*innen führten vor der Bundestagswahl eine verzerrte Debatte um Migration. Und in Chemnitz verharmlosten Staatsbeamt*innen und Politiker*innen 2018 die Hetzjagden auf Migrant*innen. **Die Debatte hat sich nach rechts verschoben.**

Wer den rechten Gruppen widerspricht, den versuchen sie, aus dem Netz zu drängen. Mit allen Mitteln: verleumden, beleidigen, drohen. Viele der Opfer haben Angst und schweigen. Freie Debatten im Netz werden zerstört. Die Täter*innen aber selten bestraft. **Das ist eine Gefahr für uns alle – eine Gefahr für die Demokratie.**

Dem stellen wir uns seit Juni 2018 mit einem Online-Appell und fünf Forderungen entgegen: Betroffene müssen gestärkt werden. Polizei und Justiz sollen endlich aktiv Täter*innen zur Rechenschaft ziehen. Weil das Ländersache ist, starteten wir unseren Appell vor der Landtagswahl 2018 in Hessen. **Unser Ziel: Hass im Netz zum Thema machen, damit die Parteien unsere Forderungen nach der Wahl durchsetzen.** Anfang Juni übergaben wir in Wiesbaden rund 11.000 Unterschriften an die Spitzenkandidat*innen Tarek Al-Wazir und Priska Hinz (Grüne). Wenige Tage später überreichten wir unseren Appell mit mittlerweile 15.000 Unterschriften an Thorsten Schäfer-Gümbel, den Spitzenkandidaten der SPD.

Studie zu Hass im Netz

Doch nicht nur das: Wir gaben eine repräsentative hessenweite Pilotstudie zu Hass im Netz in Auftrag. **Die Erkenntnisse sind erschreckend: Ein Drittel aller Hess*innen war schon Opfer von digitaler Gewalt.** Das Presseecho war enorm.

Als klar war, dass CDU und Grüne in Hessen das Rennen machen, schickten unsere Unterstützer*innen 600 Mails an die Staatskanzlei. Am 6. November trafen wir endlich Generalsekretär Manfred Pentz von

Fakten gegen Hass im Netz: Campact veröffentlicht repräsentative Studie zu Hate Speech (Wiesbaden, 11.10.)

der CDU und konnten ihn von unseren Forderungen überzeugen. **Und dann kam der Koalitionsvertrag: Was da zu Hass im Netz steht, sieht richtig gut aus.** Ein Teil unserer Forderungen wurde aufgenommen. Aber am Wichtigsten: Das muss Signalwirkung haben. Also starteten wir Anfang November einen Appell an alle Justizminister*innen Deutschlands: Sie sollen dem Beispiel aus Hessen folgen.

Auch Campact wird auf Facebook oft Opfer von Hassattacken. Deswegen gründeten wir im Herbst eine Facebook-Gruppe: Bislang engagieren sich dort 142 Unterstützer*innen – sie sorgen dafür, dass die Debatte auf unserer Seite sachlich bleibt.

Faire Handelspolitik

CETA, JEFTA, Mercosur: 2018 setzten wir unseren Kampf gegen unfaire und undemokratische Handelsabkommen fort. Denn obwohl Hunderttausende gegen TTIP, CETA & Co. auf der Straße waren, verhandelt und ratifiziert die EU weiter solche Abkommen – meist im Geheimen.

Auch das Handelsabkommen mit Kanada – CETA – ist noch nicht vom Tisch. **Bevor die EU es ratifizieren kann, müssen die Mitgliedsstaaten zustimmen.** In Deutschland muss CETA noch durch Bundestag und Bundesrat. Im Bundestag machten wir uns keine Hoffnung: Die Große Koalition hält an CETA fest. Anders sieht es im Bundesrat aus – hier könnte es genug Bundesländer geben, die CETA ihre Zustimmung verweigern.

Stoppt Bayern CETA?
Genau hier setzten wir an: mit einem Eil-Appell nach der bayerischen Landtagswahl. Am 27. Oktober übergaben wir knapp 75.000 Unterschriften an den Landesvorsitzenden der Freien Wähler Hubert Aiwanger. Mit Erfolg! **Der Koalitionsvertrag zwischen CSU und Freien Wählern enthält keine Zustimmung zu CETA – obwohl die CSU ein Fan des Abkommens ist.** Die Länder haben im Bundesrat insgesamt 69 Stimmen zu vergeben. Wenn 35 oder mehr davon CETA nicht zustimmen, kann das Abkommen noch gestoppt werden. Bayern hat 6 Stimmen – der Freistaat könnte also den Ausschlag geben. Ob in den Bundesländern oder vor Gericht, wir werden alles geben, um das Abkommen zu verhindern. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts über unsere Klage zur Vereinbarkeit von CETA mit dem Grundgesetz steht noch aus.

Wasserprivatisierung stoppen
Auch JEFTA – das Handelsabkommen der EU mit Japan – bewegte uns 2018. Das Abkommen enthält noch weniger Schutzklauseln und Rechte in Bezug auf Wasser als CETA. Im Juni starteten wir einen

Wasserprivatisierung stoppen: 600.000 Campact-Unterstützer*innen wollen JEFTA verhindern (Berlin, 2.7.)

Appell, um den Ausverkauf unseres Wasser zu verhindern. **Fast 600.000 Menschen schlossen sich an – ein klares Zeichen!**

Ende Oktober legten wir nach: In ganz Deutschland besuchten Bürger*innen ihre*n EU-Abgeordnete*n. In persönlichen Gesprächen und mit kreativem Protest machten sie ihnen die Gefahren JEFTAs deutlich. Leider vergeblich: Die EU hat das Abkommen ratifiziert und es ist zum Februar 2019 in Kraft getreten. Zuvor stimmte das EU-Parlament mit einer Mehrheit von 474 zu 152 Stimmen für JEFTA, 40 Abgeordnete enthielten sich.

Europas Bauern am Ende

Das EU-Mercosur-Abkommen soll vor allem im Agrarbereich Zölle senken und Einfuhrquoten erhöhen. Als herauskam, dass der Handelsvertrag zwischen der EU und dem südamerikanischen Wirtschaftsverbund bereits im März 2018 verabschiedet werden sollte, wurden wir aktiv. Über 230.000 Menschen schlossen sich unserem Appell an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) an.

Mit dem Abkommen mit Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay kommt massenhaft Billigfleisch in die EU. Die Folge: Kleine Höfe sterben, die EU-Landwirt*innen gehen pleite. Gemeinsam mit

unseren Bündnispartner*innen von der Arbeitsgemeinschaft für bäuerliche Landwirtschaft, dem Forum für Umwelt und Entwicklung und Meine Landwirtschaft protestierten wir Ende März vor dem Bundeswirtschaftsministerium. Mit dabei: ein Traktor und eine Kuh namens Omega.

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström möchte Mercosur unbedingt 2019 ratifizieren. Inzwischen regt sich jedoch auch innerhalb der EU Widerstand – wegen der radikalen Abholzungspolitik des neuen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro. **Wir bleiben also auch 2019 wachsam!**

Steuerpolitik und soziale Gerechtigkeit

Konzernsteuer

Apple, Starbucks und Co. zahlen kaum Steuern – und das ganz legal. Sie nutzen die Lücken in den Steuersystemen und verlagern ihre Gewinne in Niedrigsteuerländer. Die EU-Kommission will das ändern. Doch Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) blockiert. Dabei verliert Deutschland so jedes Jahr 17 Milliarden Euro an Steuereinnahmen.

Konzerne baden in Geld – Steuerzahlende müssen es ausbaden (Berlin, 24.5.)

11.000 Wünsche zu Hartz IV: Was macht die SPD daraus? (Wiesbaden, 22.4.)

Der Vorschlag der EU ist dringend nötig. Unternehmen müssten für jedes Land offenlegen, wie viel Umsatz und Gewinn sie dort gemacht haben – und wie viel Steuern sie bezahlt haben. Wenn sie im großen Stil Gewinne verschieben und Steuern vermeiden, wäre es für alle sichtbar. Der Anreiz für Konzerne, ihre Steuern in den Ländern zu zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften, würde steigen. Und zugleich wächst auch der Druck auf die EU-Mitgliedsländer, die legalen Steuerlücken zu schließen.

Doch Deutschland blockierte den Vorschlag 2018 im EU-Rat. **Über 174.000 Menschen unterzeichneten daraufhin unseren Appell an Olaf Scholz**. Im Mai legten wir nach: mit einer Telefonaktion beim Finanzministerium und einer Aktion in Berlin. Leider bislang ohne Erfolg.

Hartz IV

2,77 Euro pro Tag für die Nahrung eines Kindes: Sozialverbände kritisieren seit Langem, dass der Hartz-IV-Regelsatz viel zu knapp bemessen ist. Die Mehrheit der Bevölkerung will grundlegende Änderungen bei Hartz IV. 2018 hat nun endlich auch die SPD angefangen, über Alternativen zum Hartz-IV-System zu diskutieren.

Mit einer Aktion wollten wir die SPD ermutigen, die Debatte weiter voranzutreiben. **Fast 11.000 Menschen schickten uns ihre Vorstellungen und Wünsche zu Hartz IV.** Beim SPD-Parteitag in Wiesbaden verteilten wir sie an die Delegierten. Zusammen mit Energieriegeln – damit der SPD-Basis nicht die

Puste ausgeht. Die zentrale Botschaft: Wenn sich die SPD ernsthaft erneuern will, muss sie bei Hartz IV beginnen!

Keiner unserer Flyer glich dem anderen. Jede*r Delegierte bekam vier der Nachrichten der Campact-Unterstützer*innen. **Die meisten nahmen sie dankend entgegen – darunter prominente Politiker*innen wie Malu Dreyer, Kurt Beck oder Karl Lauterbach.** Sogar die Nachrichtenagentur dpa berichtete über unsere Aktion. Wir werden die Hartz-IV-Debatte in der SPD weiter beobachten und wenn nötig wieder eingreifen.

Sonstige Kampagnen

Dieselfahrverbote

Diesel nehmen uns die Luft zum Atmen. Jahrelang haben Autokonzerne in Abgastests betrogen. Tausende Menschen in Deutschland sterben jedes Jahr an den Folgen. Deswegen ordneten Gerichte Anfang des Jahres Fahrverbote an. Die Folge: **Millionen dreckige Diesel müssen nachgerüstet werden.** Doch anstatt die betrügerischen Autokonzerne zur Kasse zu bitten, wollte die Bundesregierung die Umrüstungen mit Milliarden Steuergeldern zahlen.

Gemeinsam mit dem Verkehrsclub Deutschland starteten wir im Februar einen Appell. Innerhalb weniger Tage unterzeichneten mehr als 220.000 Campact-Unterstützer*innen und forderten: **Die Regierung muss VW & Co. die Kosten für die Diesel-Nachrüstungen aufbrummen!**

Wer betrügt, muss zahlen: Campact-Unterstützer*innen gehen auch bei Kälte auf die Straße (Berlin, 14.3.)

Daran kam der neue Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) nicht vorbei. An seinem allerersten Tag im Amt, am 14. März, rollte unsere Forderung **„Wer betrügt, muss zahlen“** immer wieder um sein Berliner Ministerium – und zwar auf klimafreundlichen Fahrrädern. Bei der Kabinettsklausur in Meseberg im April legten wir nach: Wir fuhren mit einem Schummel-Diesel vor – und stopften ihn im Merkel-Kostüm bis obenhin voll mit Steuermilliarden.

Bis heute hat die Regierung nicht endgültig über die Diesel-Umrüstungen entschieden. Die größte Gefahr scheint gebannt, denn das Kabinett hat den Steuergeld-Plan nicht beschlossen.

#unteilbar

2018 sahen wir Bilder von Rechtsradikalen in Chemnitz, die den Arm zum Hitlergruß streckten. Videos von Rechten, die Menschen aufgrund ihres Aussehens jagten und „Ausländer raus“ riefen. **All das ließ uns sprachlos zurück.** Mit dem Entsetzen kam die Gewissheit: Rechte bedrohen unsere demokratischen Werte und versuchen, den öffentlichen Raum einzunehmen.

Dem musste die Zivilgesellschaft etwas entgegensetzen: **Wir mussten unteilbar sein – für Demokratie, für Vielfalt und für Solidarität.** Über 150 Gruppen, darunter auch Campact, und viele Prominente schlossen sich zusammen. Gemeinsam organisierten wir am 14. Oktober die Großdemo #unteilbar.

Mit 240.000 Menschen auf den Straßen Berlins setzten wir ein starkes Zeichen für Menschlichkeit und Toleranz. Als die Ersten das Brandenburger Tor erreichten, standen die Letzten immer noch kilometerweit entfernt am Alexanderplatz. Ein toller Erfolg!

WeAct-Kampagnen

Mit WeAct selbst Politik bewegen

Mit der Petitionsplattform WeAct hat Campact einen lebendigen Ort geschaffen, an dem Bürger*innen für eine sozial-gerechte, ökologische und offene Gesellschaft streiten. **Bis Ende 2018 haben Menschen aus ganz Deutschland fast 3.500 Petitionen auf WeAct eingestellt und mehr als 5,3 Millionen Unterschriften gesammelt.** Das zeigt: Unsere Demokratie ist lebendig – viele Menschen wollen sie mitgestalten!

WeAct lädt dazu ein, sich einzumischen. Dazu stellt Campact nicht nur die technischen Mittel zur Verfügung, sondern auch die geballte Kraft der Campact-Bewegung: Unser fünfköpfiges Team berät beim Schreiben von Petitionen, bei der Kampagnenstrategie und wenn es darum geht, Entscheidungsträger*innen mit politischen Forderungen zu konfrontieren. Unterstützt werden die WeAct-Kampagnen außerdem von den vielen Menschen, die Petitionen unterzeichnen und sich an Online- und Offline-Aktionen beteiligen.

WeAct ist wie Campact – nur zum Selbermachen! Bei WeAct sind die Petent*innen von Anfang an am Zug. Oftmals sind sie ganz nah dran an den Problemen, zu denen sie eine Petition starten: Ein Aktivist, dessen Rettungsschiff im Mittelmeer nicht mehr retten darf. Ein Abiturient, der gegen die Überwachungspläne der CSU aufsteht. Die Bundesvereinigung Trans*, die für eine dritte Geschlechtsoption im Pass streitet. Mit WeAct bekommen sie alle eine Stimme! **Auf WeAct können sie ihre Anliegen vertreten und so gemeinsam mit Campact Politik bewegen.**

Beenden Sie das Sterben im Mittelmeer – Seenotrettung ist kein Verbrechen!

Mindestens 2.000 Menschen ertranken 2018 im Mittelmeer auf der Flucht. **Die Helfer*innen durften sie nicht retten.** Ihre Rettungsschiffe saßen fest. Seit dem Sommer 2018 schieben sich die Regierungen die Verantwortung hin und her – Europa schottet sich ab.

Unerträglich für Ruben Neugebauer: „Es ist zum Verzweifeln", sagt der Sea-Watch-Aktivist. **„Dort draußen sterben Menschen. Wir haben alles da, um sie zu retten. Doch wir dürfen nicht.**" Er wollte nicht schweigend zusehen und startete eine Petition auf WeAct.

Mehr als 200.000 Menschen schlossen sich seinem Protest an. Sie forderten von Außenminister Heiko Maas (SPD): „Stoppen Sie das Sterben! Lassen Sie die Helfer*innen tun, was eigentlich Aufgabe der Küstenwache wäre. Schaffen Sie eine politische Lösung, damit kein Mensch mehr im Mittelmeer ertrinken muss." Gemeinsam sorgten sie dafür, dass Deutschland nicht länger ignorieren kann, was im Mittelmeer geschieht.

In Orange, der Farbe der Seenotrettung, formierte sich im Sommer eine neue Bewegung. **Zehntausende gingen als „Seebrücke" in Hamburg, Berlin und vielen weiteren Städten auf die Straße.** Auch viele Campact-Unterstützer*innen waren dabei.

Unseren Protest gegen das Sterben im Mittelmeer trugen wir in die Öffentlichkeit – mit Aufklebern. Auf dem Briefkasten, auf dem Laptop, auf dem Auto – wir verschickten mehr als 240.000 Stück an unsere Unterstützer*innen: Gemeinsam sendeten wir ein Signal der Menschlichkeit und stellten uns Abschottung und rechter Hetze entgegen. Die Spenden für die Aufkleber gaben wir an die „Seebrücke" weiter, um ihre Kampagnen gegen das Sterben im Mittelmeer zu unterstützen, sowie an das Kulturbüro Sachsen für die Arbeit gegen rechten Hass vor Ort. Auch 2019 treten wir weiter ein für ein solidarisches Europa. Ein Europa, an dessen Grenzen niemand ertrinken muss und das Menschenrechte und Menschenwürde schützt.

Solidarität? Wird aufgeklebt! Mit Stickern bekennen sich Campact-Unterstützer*innen zur Seenotrettung

Polizeiaufgabengesetz Bayern

Ein neues Polizeiaufgabengesetz (PAG) bedroht seit Anfang Juni 2018 in Bayern verschiedene Grundrechte – wie die Unverletzlichkeit der Wohnung oder die Unschuldsvermutung. Seitdem filmt die Polizei ununterbrochen mit Body-Kameras, kann Bürger*innen ohne Straftat länger inhaftieren und ihre Post abfangen. Die CSU wollte das PAG still und heimlich durchdrücken. Doch der Protest war riesig.

Der bayerische Abiturient Nicolai Wilke startete eine Petition auf WeAct, der Petitionsplattform von Campact. **Innerhalb von zwei Monaten unterzeichneten 155.000 Menschen.** Im Frühjahr gingen Zehntausende gemeinsam mit Nicolai Wilke gegen das neue Polizeiaufgabengesetz auf die Straße – so groß war der Protest in Bayern seit Jahrzehnten nicht.

Die CSU ignorierte die Kritik und brachte die Polizeigesetz-Reform durch den Bayerischen Landtag. Der WeAct-Petent Nicolai Wilke kämpfte trotzdem bis zuletzt. **Bei einem Pressetermin überraschte er den bayerischen Innenminister Joachim Herrmann (CSU) mit einem Karton voller Unterschriftenlisten.** „Ohne die Unterstützung des WeAct-Teams hätte ich mir das niemals zugetraut", sagt der 19-Jährige. Mit Politik hatte der Abiturient vorher noch nie so aktiv zu tun. „Es ist ein gutes Gefühl, während seines Engagements jemanden an der Seite zu haben."

Nur das Bundesverfassungsgericht kann das Gesetz jetzt noch stoppen. Diese Chance nutzen wir: **Wir unterstützen die Klage der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) mit einer Spende.**

Der Abiturient Nicolai Wilke überrascht CSU-Innenminister Joachim Herrmann mit 155.000 Unterschriften (Fürth, 11.5.)

Gleiches Recht für jedes Geschlecht: Für die dritte Option

Männlich, weiblich, divers – das Bundesverfassungsgericht hat entschieden. Ab 2019 muss es eine dritte Option im Pass geben, falls für einen Menschen weder männlich noch weiblich passt. Doch Horst Seehofer (CSU) und seine Kolleg*innen planten ein Gesetz, das die Wahl massiv einschränkt.

Nur wer ein ärztliches Attest vorlegt, soll die dritte Option wählen können – so stand es im Gesetzentwurf der CSU. **„Das ist so, als wollte Horst Seehofer mir zwischen die Beine gucken und dann festlegen, wer ich bin"**, sagt Josch Hoenes. „Welche*r andere Bürger*in muss sich das gefallen lassen?"

Damit jeder Mensch selbst wählen kann, starteten Josch Hoenes und die Bundesvereinigung Trans* eine Petition auf WeAct, der Petitionsplattform von Campact. **Mehr als 42.000 Menschen unterzeichneten und sprachen sich gegen Seehofers Entwurf aus.**

Die Bundesvereinigung Trans* führte Gespräche mit vielen Mitgliedern des Bundestagsinnenausschusses und übergab ihnen die Petition. **Doch Horst Seehofer blieb stur und setzte das Gesetz durch.**

Der Rückhalt von 42.000 Menschen macht Josch Hoenes dennoch Mut – und erinnert ihn an die Diskussion um die „Ehe für alle". Das beharrliche Engagement von unzähligen Initiativen, Politiker*innen und auch vielen Tausenden Campact-Unterstützer*innen machten damals das lange Unvorstellbare möglich. Heute haben alle Menschen das Recht zu heiraten – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung. **Auf diese Kraft hofft er auch in Zukunft, um für trans- und intergeschlechtliche Menschen die Grundrechte durchzusetzen.**

Finanzen

Engagement durch Spenden

Ob mit einer Unterschrift, Engagement vor Ort oder als Helfer*in auf einer Demo: Bei Campact bringt sich jede*r nach den eigenen Möglichkeiten ein. Manche leiten unsere Aktionen im Netz an ihre Bekannten weiter. Andere unterstützen Campact finanziell. Alles zusammen macht die Kraft unserer Bürgerbewegung aus.

Das finanzielle Engagement der Spender*innen und Förder*innen bildet das Fundament von Campact: Ihre Unterstützung gibt uns Kraft für kontroverse Themen, Ausdauer für langfristige Ziele und macht uns unabhängig von Parteien oder öffentlichen Institutionen. Diesem Engagement gilt unser besonderes Dankeschön.

Der Demowagen macht sich hübsch – Danke an all unsere Unterstützer*innen (Berlin, 1.12.)

Einnahmen

Campact erzielte im Jahr 2018 Einnahmen in Höhe von 10,1 Millionen Euro. Davon stammen 9,4 Prozent aus freien Spenden, 24,9 Prozent aus zweckgebundenen Kampagnenspenden und 64,1 Prozent aus regelmäßigen Förderbeiträgen. Im Vergleich zum Vorjahr erhielt Campact 2018 444.000 Euro mehr freie Spenden und über eine Million Euro mehr Förderbeiträge. Die kampagnengebundenen Spenden sind ebenfalls um 188.000 Euro gestiegen. Die Gesamteinnahmen lagen rund 1,76 Millionen Euro über dem Vorjahreswert von 8,4 Millionen Euro.

Vergleich der jährlichen Einnahmen nach Kategorien (in Tsd. €)

Kategorie			Veränderung
regelmäßige Förderbeiträge	2018	6.500	+1.034
	2017	5.466	
freie Spenden	2018	953	+444
	2017	509	
kampagnengebundene Spenden	2018	2.521	+188
	2017	2.333	
projektgebundene Spenden	2018	20	+20
	2017	0	
Erbschaften	2018	0	0
	2017	0	
sonstige Einnahmen	2018	140	+70
	2017	70	
Summe	2018	10.134	+1.756
	2017	8.378	

Abbildung 1

Einnahmen 2018 im Überblick

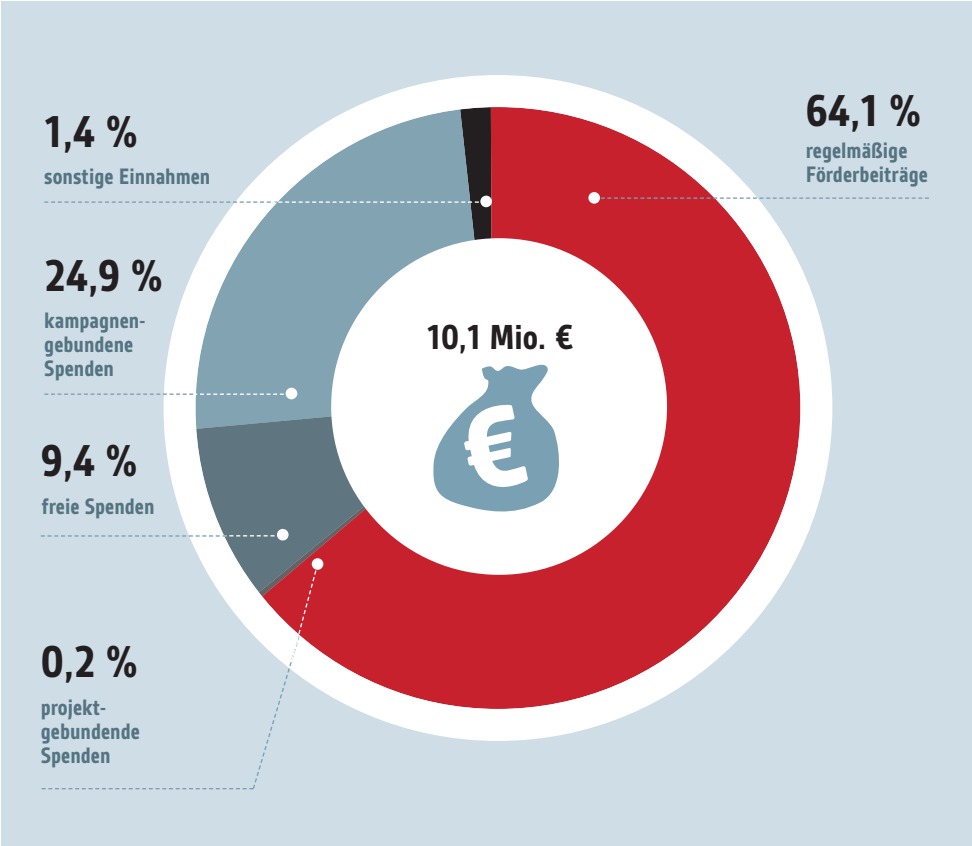

Abbildung 2

Entwicklung der Einnahmen in den letzten fünf Jahren (in Mio. €)

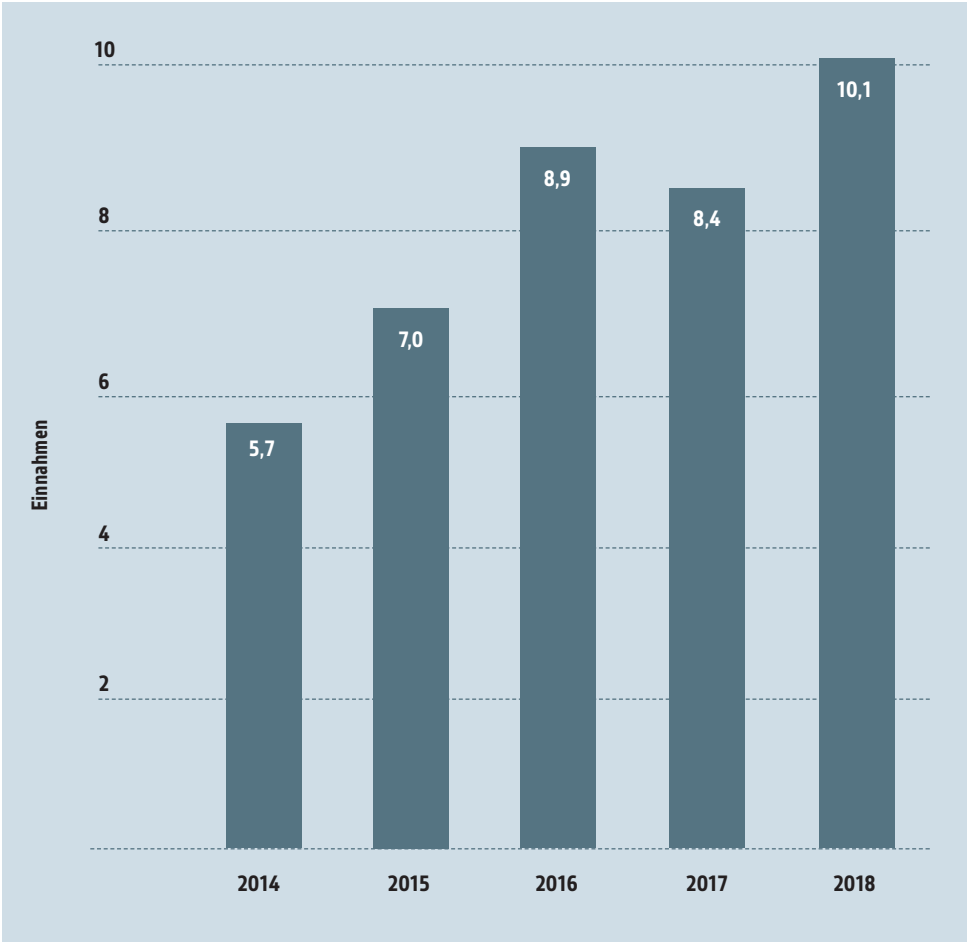

Abbildung 3

Einnahmen pro Kampagne (in Tsd. €)

Kampagne	Betrag
Klimaschutz und Energiepolitik	902
Ökologische Agrarpolitik	493
Faire Handelspolitik	320
Seenotrettung	286
Demokratie und Rechtspopulismus	200
Verkehrspolitik	92
Hate Speech	81
Polizeiaufgabengesetz Bayern	81
Steuerpolitik und soziale Gerechtigkeit	7
Sonstiges	59
Summe der Kampagneneinnahmen	**2.521**

Tabelle 1

Campact verzichtet auf öffentliche Fördermittel und Unternehmenspartnerschaften. Als Bürgerbewegung setzen wir auf partizipative Schwarmfinanzierung. Zehntausende Förder*innen und Spender*innen sichern die Unabhängigkeit und Stärke von Campact.

Ende 2018 förderten 68.944 Menschen Campact mit einem durchschnittlichen Monatsbeitrag von 8,63 Euro. Ende 2017 waren es 60.169. Das entspricht einem Wachstum von etwas mehr als 14 Prozent. Diese Einnahmen geben unserer Bürgerbewegung Planungssicherheit und ermöglichen es Campact, blitzschnell Kampagnen zu starten und langfristig an einem politischen Thema dranzubleiben.

Darüber hinaus haben 86.827 Menschen im Jahr 2018 zweckgebunden für Kampagnen gespendet und freie Spenden getätigt. 96 Prozent aller Spenden und Förderbeiträge stammen von Menschen, die im gesamten Jahr unter 200 Euro an Campact gegeben haben. Neun Personen haben 5.000 Euro und mehr an Campact gespendet.

Partizipative Schwarmfinanzierung bei Campact

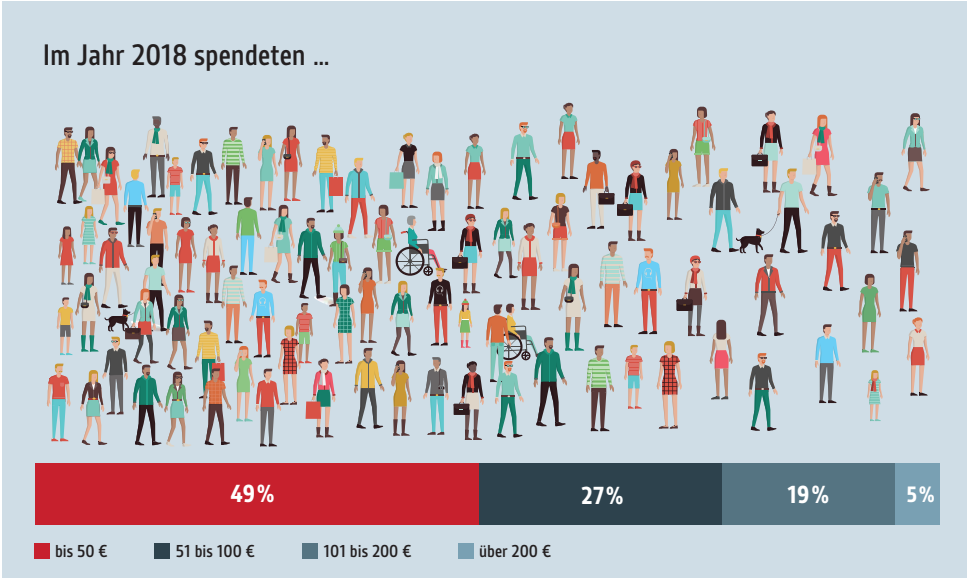

Abbildung 4

Ausgaben

Im Jahr 2018 gab Campact 8,93 Millionen Euro aus. Das war eine Million mehr als im Vorjahr. Grund dafür ist unter anderem, dass das Campact-Team gewachsen ist. Dadurch sind insbesondere die Personal- und Sachkosten für Kampagnen und für das Betreiben der Campact-Petitionsplattform WeAct sowie die Verwaltungskosten gestiegen.

Ausgaben 2018 im Überblick

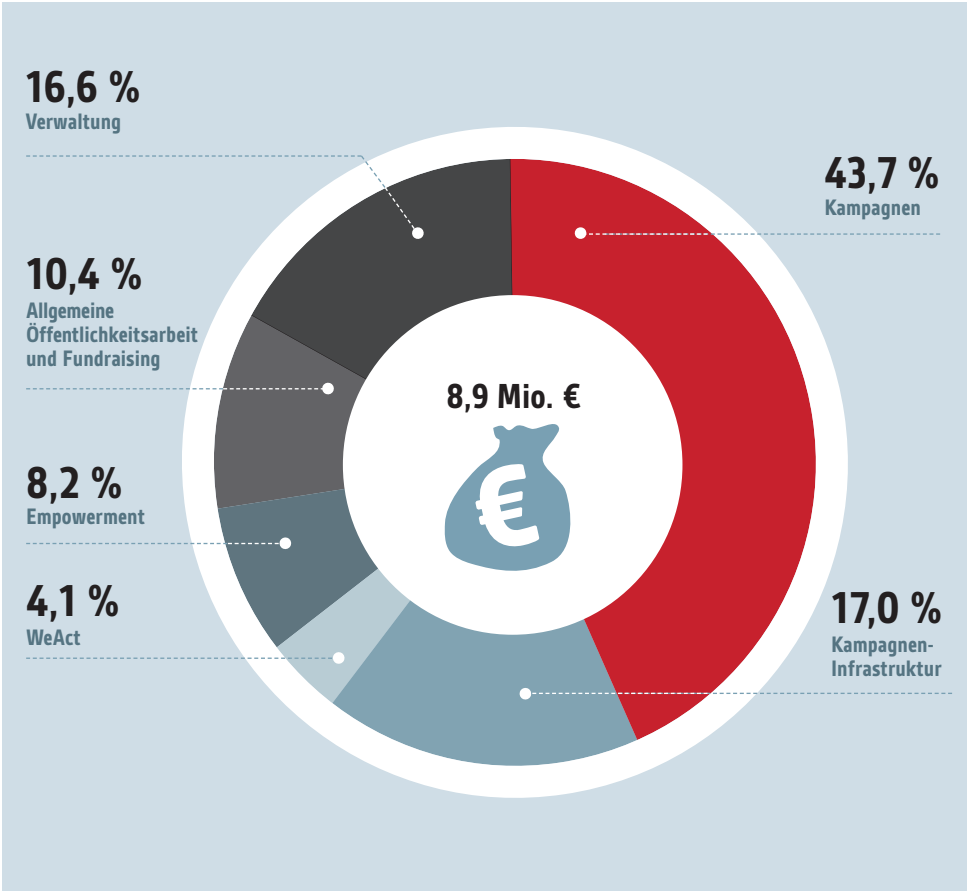

Abbildung 5

Ausgaben 2018 im Detail (in Tsd. €)

Ausgaben	Betrag	Erläuterung
Kampagnen	3.903	Personal- und Sachkosten für Kampagnen
Kampagneninfrastruktur	1.518	Software- und Hardware-Infrastruktur
WeAct	365	Personal- und Sachkosten für das Betreiben der Campact-Petitionsplattform
Empowerment	730	Wissenstransfer und finanzielle Unterstützung anderer progressiver Organisationen und Kampagnen
Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit und Fundrasing	927	Öffentlichkeitsarbeit, Pressearbeit, Spendenverwaltung und -gewinnung
Verwaltung	1.487	Buchhaltung, Geschäftsführung, Personalwesen, Sachkosten für das Campact-Büro, Versicherungen
Summe der Ausgaben	**8.930**	

Tabelle 2

Detaillierte Erläuterungen zu den Ausgaben

Kampagnen

Der größte Teil der Campact-Ausgaben floss mit über 3,9 Millionen Euro in Kampagnen. Diese Summe umfasst die Personal- sowie die Sachkosten, die für die Umsetzung der Kampagnenarbeit notwendig sind. Insgesamt entspricht das rund 44 Prozent des Gesamthaushaltes.

Der Bereich Klimaschutz und Energiepolitik bildete 2018 den Schwerpunkt der Ausgaben. Für Kampagnen rund um den Kohleausstieg, den Hambacher Wald und Demonstrationen während der Weltklimakonferenz gab Campact 1,3 Millionen Euro aus. Weitere Schwerpunkte bildeten die Kampagnen zu den Themen ökologische Agrarpolitik, faire Handelspolitik und Hate Speech.

Welche Ausgaben anfallen, hängt von der jeweiligen Kampagne ab. In der Vorbereitungsphase entstehen oft Kosten für Recherchen, Umfragen oder die Suche nach Kooperationspartner*innen. Während einer Kampagne fließen die Spenden zum Beispiel in Zeitungsanzeigen, Großplakate oder Politiker*innen-Masken. Besonders kostenintensiv sind Großveranstaltungen wie Demonstrationen. Neben technischen Anlagen und Werbung sind sie mit einem hohen organisatorischen und personellen Aufwand verbunden.

Ausgaben pro Kampagne (in Tsd. €)

Kampagne	Betrag
Klimaschutz und Energiepolitik	1.310
Ökologische Agrarpolitik	719
Seenotrettung	389
Faire Handelspolitik	372
Hate Speech	344
Demokratie und Rechtspopulismus	183
Verkehrspolitik	119
Polizeiaufgabengesetz Bayern	82
Steuerpolitik und soziale Gerechtigkeit	70
Identifizierung von Themen	107
Sonstiges	208
Summe der Kampagnenausgaben	**3.903**

Tabelle 3

Kampagnen-Infrastruktur

Eine zuverlässige Software- und Hardware-Infrastruktur ist eine Kernanforderung für die Arbeit von Campact. Kosten entstehen beispielsweise für den Betrieb und die Administration unserer Website, den Versand von E-Mails und die Weiterentwicklung der Software, über die Appelle gestartet und unterzeichnet werden.

Im Jahr 2018 investierte Campact rund 1,5 Millionen Euro in den Ausbau, Betrieb und die Sicherheit der Kampagnen-Infrastruktur.

WeAct

Campact will Bürger*innen dazu befähigen, selbst eigene Kampagnen zu starten. Mit der Petitionsplattform WeAct geben wir Menschen ein Werkzeug in die Hand, selbst den Wandel anzustoßen, den sie sich wünschen. Unterstützt werden sie dabei von dem fünfköpfigen WeAct-Team, das Themen recherchiert, beim Texten von Petitionen unterstützt und bei der Entwicklung einer Kampagnenstrategie berät.

Die Finanzierung von WeAct kostete Campact 2018 um die 365.000 Euro.

Empowerment

Wissen austauschen über Ländergrenzen hinweg, Expertise teilen und gemeinsam progressiven Wandel vorantreiben: Campact unterstützt seit Jahren andere progressive Organisationen und Kampagnen. Mit dem Ziel, zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu „empowern" beziehungsweise zu ermächtigen, damit sie ihre Interessen selbstbestimmt vertreten können. Campact macht das durch Wissenstransfer und finanzielle Unterstützung.

Campact ist Mitglied des Online Progressive Engagement Network (OPEN). Einem weltweiten Netzwerk aus Organisationen, das für progressive Politik streitet: über Online-Appelle und Offline-Aktionen.

Campact profitiert von diesem Netzwerk durch einen regen Wissensaustausch. Im Gegenzug unterstützen wir den Aufbau von weiteren progressiven Organisationen im Ausland. In der Tabelle Mitgliedsbeiträge und Empowerment von nationalen und internationalen Bewegungsorganisationen im Anhang des Transparenzberichts sind alle OPEN-Organisationen aufgelistet, die von Campact 2018 finanzielle Mittel erhalten haben.

Campact hat sich an der Gründung der unabhängigen Petitionsplattform openPetition beteiligt und finanziert als Gesellschafter den fortlaufenden Betrieb über Spenden mit.

Im Jahr 2018 förderte Campact die Arbeit anderer Organisationen mit insgesamt 730.000 Euro.

Verwaltung

Verwaltungskosten entstehen durch Personalkosten für Buchhaltung und Geschäftsführung sowie Miete, Versicherungen, Personalwesen und externe Beratungen. Campact versucht, diese Kosten so niedrig wie möglich zu halten. Komplexe Arbeitsprozesse in einer wachsenden Organisation erfordern allerdings eine funktionierende Administration. Finanzielle Investitionen in die Verwaltung sind daher eine notwendige Bedingung für den Erfolg der Kampagnenarbeit.

2018 entstanden Kosten in Höhe von 1,5 Millionen Euro.

Allgemeine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/Fundraising

Für die allgemeine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit fallen Ausgaben für Personal- und Sachkosten an. Campact beschäftigt eine Pressesprecherin und eine Pressevolontärin.

Im Fundraising entstehen Kosten bei der Gewinnung und Betreuung von Spender*innen und Förder*innen. Neben Personalausgaben sind das zum Beispiel die Aufwendungen für den jährlichen Versand der Zuwendungsbestätigungen. Auch die Beantwortung von Anfragen und die Verbuchung eingehender Spenden durch ein Buchhaltungsbüro fallen in diesen Bereich.

2018 betrugen die Kosten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Fundraising insgesamt 927.000 Euro.

Gehaltsstruktur bei Campact

Im Jahr 2018 gab Campact 3,86 Millionen Euro für Personal aus. Das sind 440.000 Euro mehr als im Vorjahr. Ursachen hierfür sind die Anstellung von zusätzlichen Mitarbeiter*innen und Tariferhöhungen im Öffentlichen Dienst. Campact orientiert sich an dieser Entgelttabelle.

Durch faire Bezahlung und eine geringe Lohnspreizung gelingt es Campact, hochqualifiziertes und motiviertes Personal zu finden und trotz einer hohen Arbeitsbelastung dauerhaft im Team zu halten.

Monatliche Bruttogehälter bei Campact (in €)

Aufgabe	von	bis
Organisationsaufgaben	3.194	4.502
Campaigning, Redaktion, Fundraising, Technik	3.827	5.434
Teamleitung	4.528	5.245
Geschäftsführung	6.340	6.340

Die Angaben beinhalten keine Gehaltszuschläge für Beschäftigte mit Kindern.

Tabelle 4

Berufliches Engagement und Familienleben vereinbaren zu können, ist eines der Ziele der Personalpolitik von Campact. Deswegen ermöglicht Campact Teilzeitmodelle und flexible Arbeitszeiten für Mitarbeiter*innen mit kleinen Kindern. Darüber hinaus bezahlt Campact Beschäftigten mit Kindern einen Gehaltszuschlag. Dieser ist gestaffelt nach Umfang der vertraglichen Arbeitszeit und Anzahl der Kinder. Bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von mindestens 30 Stunden waren das 2018 bei einem Kind beispielsweise 386 Euro pro Monat. Wer sich noch vor oder in einem Studium befindet, kann bei Campact ein Praktikum oder Freiwilliges Soziales Jahr Politik (FSJ) absolvieren. Praktikant*innen erhalten eine Vergütung von 670 Euro im Monat.

Campact hat seit 2012 einen Betriebsrat. Dieser wurde 2018 neu gewählt und besteht aus fünf Mitarbeiter*innen. Sie vertreten die Interessen der Beschäftigten und sind Ansprechpartner*innen für die Geschäftsführung.

Ein gesundes und motivierendes Arbeitsumfeld ist Campact sehr wichtig. Die Büroräume in Verden sind hell und umweltfreundlich. Die Mitarbeiter*innen arbeiten an ergonomischen Arbeitsplätzen und erhalten einen vergünstigten Mittagstisch. Fahrt- und Übernachtungskosten bezuschusst Campact. Außerdem gibt es regelmäßig Teamaktivitäten, Fortbildungen und Workshops.

Weitergabe von Mitteln an andere Körperschaften

Campact gibt finanzielle Mittel an andere Körperschaften weiter. Dafür gibt es drei Gründe:

- Eines der Ziele von Campact ist es, andere Bewegungsorganisationen zu stärken (empowern). Dazu gehörte 2018 unter anderem die Unterstützung der Organisation Seebrücke, von Mensch Mensch Mensch e.V. oder Ich bin hier e.V. zum Thema Hate Speech. Darüber hinaus unterstützt Campact den Aufbau von Organisationen, die sich über OPEN (Online Progressive Engagement Network) vernetzen.

- Zweckgebundene Spendenmittel, die nicht innerhalb einer Campact-Kampagne ausgegeben werden können, leitet Campact an andere Organisationen, die an dem Thema arbeiten, weiter und unterstützt so deren erfolgreiche Zielerreichung.

- Spenden, die für gemeinsame Aktivitäten mit Kampagnenpartner*innen eingehen (zum Beispiel für Demonstrationen), werden über einen Träger abgerechnet. Campact überweist seinen Anteil entsprechend an diese Träger.

Eine Auflistung dieser Organisationen, Zwecke und Beträge findet sich im Anhang.

Übersicht der Weitergabe von Mitteln 2018 (in Tsd. €)

Zweck	Betrag
Mittel für gemeinsame Tätigkeiten	244.690
Empowerment anderer Organisationen	900.605
Gesamt	**1.145.295**

Tabelle 5

Jahresergebnis

Im Jahr 2018 beliefen sich die Einnahmen aus Spenden, regelmäßigen Förderbeiträgen und sonstigen Einnahmen auf 10,1 Millionen Euro. Die Ausgaben betrugen im gleichen Zeitraum 8,93 Millionen Euro. Das ergibt einen Jahresüberschuss von rund 1,2 Millionen Euro. Dieser Überschuss wurde erzielt, weil die Einnahmen aus regelmäßigen Förderbeiträgen und freien Spenden gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen sind. Grund dafür ist insbesondere die große Solidarität der Campact-Unterstützer*innen, die sie nach dem Lagerbrand in Form von Spenden und Förderungen zum Ausdruck brachten. Der Überschuss ermöglicht es uns, dringend benötigte freie Rücklagen anzulegen. So können wir unsere Arbeit auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ohne Kürzungen fortsetzen.

Entwicklung des Jahresergebnisses in den letzten fünf Jahren (in Tsd. €)

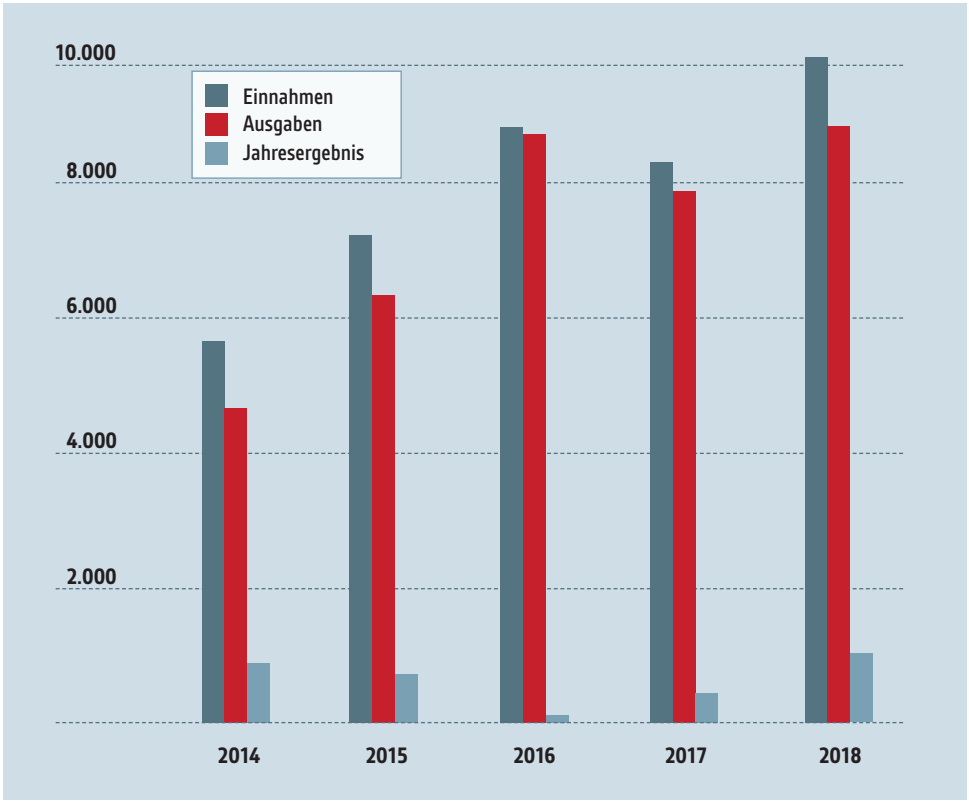

Abbildung 6

Vergleich des Jahresergebnisses in den letzten fünf Jahren (in Tsd. €)

	2014	2015	2016	2017	2018
Einnahmen	5.678	7.024	8.904	8.378	10.134
Ausgaben	4.846	6.528	8.847	7.829	8.930
Jahresergebnis	832	496	57	549	1.204

Tabelle 6

Vermögen und Geldanlage

Als gemeinnützige Organisation darf Campact in einem gewissen Rahmen Rücklagen aus finanziellen Mitteln bilden. In Zeiten geringerer Spendeneinnahmen, kann Campact darauf zurückgreifen. Die freien und zweckgebundenen Rücklagen betrugen zum Jahresende 4,06 Millionen Euro.

Das langfristig gebundene Vermögen von Campact setzt sich aus drei Bausteinen zusammen: immaterielles Vermögen, Sachanlagen und Finanzanlagen.

Das immaterielle Vermögen besteht hauptsächlich aus der Software, die für Campact erstellt wurde. Sachanlagen sind Ausstattungsgegenstände wie Computer oder Büromöbel. Finanzanlagen sind die Teile des Vermögens, die langfristig finanziellen Anlagezwecken dienen.

Übersicht langfristig gebundenes Vermögen (in Tsd. €)

	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung zu 2017
Immaterielle Vermögensgegenstände	178	198	–20
Sachanlagen	121	137	–16
Finanzanlagen	560	558	+2
Gesamt	**859**	**893**	**–34**

Tabelle 7

Campact folgt bei der Anlage von Vermögen den Leitlinien der Bewegungsstiftung zu ethisch-nachhaltiger Geldanlage.[1] Längerfristige Finanzanlagen bestehen bei der Eisenbahn Spar- und Bauverein Bremen eG, der GEWOBA Nord Baugenossenschaft, der Umweltbank, dem Ökologischen Zentrum Verden e.V. und dem Norddeutschen Zentrum für Nachhaltiges Bauen. Zu den Finanzanlagen gehört auch die Beteiligung an der openPetition gGmbh, die die gleichnamige offene Petitionsplattform betreibt.
Das Umlaufvermögen von Campact verteilt sich auf mehrere Konten. Das Geschäftskonto liegt bei der Kreissparkasse Verden. Das Spendenkonto ist bei der Bank für Sozialwirtschaft. Tagesgeldkonten existieren bei der EthikBank und der Triodos Bank.

1 http://bewegungsstiftung.de/fileadmin/user_upload/bws/pdf/bewegungsstiftung/richtlinien_zur_geldanlage.pdf

Jahresabschluss 2018

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)

	Betrag	Summe
1) Erträge aus satzungsgemäßen Betätigungen		
Spenden – Förderbeiträge	6.500.197,63	
Spenden – frei	952.556,39	
Spenden – kampagnengebunden	2.521.001,03	
Spenden – projektgebunden	20.000,00	
Summe Erträge aus satzungsgemäßen Betätigungen		**9.993.755,05**

	Betrag	Summe
2) Sonstige Einnahmen und Erträge		
Sonstige betriebliche Erträge	135.319,38	
Summe sonstige Einnahmen und Erträge		**135.319,38**

	Betrag	Summe
3) Aufwendungen aus satzungsgemäßen Betätigungen		
Zuwendungen, Spenden noch nicht gezahlt	309.116,61	
Zuwendungen, Spenden für kirchliche, religiöse und gemeinnützige Zwecke	741.384,00	
Zuwendungen, Spenden an ausländische Organisationen mit gemeinnützigem Zweck	269.100,00	
Erhaltene Skonti	–283,97	
Print-Anzeigen	56.738,66	
Plakatflächen	17.146,71	
Aktionsmaterial, Aktionskosten	228.081,89	
Foto- und Videoproduktionen sowie Dokumentationen	98.832,09	

Fortsetzung Gewinn- und Verlustrechnung 2018

	Betrag	Summe
Fortsetzung 3) Aufwendungen aus satzungsgemäßen Betätigungen		
Grafiken	49.772,78	
Infomaterial	82.270,94	
Repräsentationskosten	18.106,60	
Reisekosten Arbeitnehmer*innen	549,17	
Reisekosten Arbeitnehmer*innen, Flugkosten	12.643,71	
Reisekosten Arbeitnehmer*innen Fahrtkosten	51.044,81	
Reisekosten Arbeitnehmer*innen Verpflegungskosten Aktion	7.846,36	
Reisekosten Arbeitnehmer*innen Übernachtungsaufwand	21.735,43	
Wartungs- und Betriebskosten für Software, Webservice	904.123,17	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	22.906,63	
Informationsbeschaffung, Recherche für Aktionen	5.630,89	
Honorare, Aufwandsentschädigungen Aktionen	12.103,85	
Recherchetätigkeiten, Abos	39.416,04	
Mieten für Einrichtungen (bewegliche Wirtschaftsgüter)	26.843,53	
Mieten für Server, Hosting	287.499,25	
Summe Aufwendungen aus satzungsgemäßen Betätigungen		**3.262.609,15**

Fortsetzung Gewinn- und Verlustrechnung 2018

	Betrag	Summe
4) Personalaufwand		
4a) Löhne und Gehälter		
Gehälter	3.121.587,13	
Sachzuwendungen und Dienstleistungen an Arbeitnehmer	25.598,40	
Fahrtkostenerstattung – Wohnung/Arbeitsstätte	95.547,15	
Zuschuss doppelte Haushaltsführung	11.804,74	
Summe Löhne und Gehälter		3.254.537,42
4b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
Gesetzliche soziale Aufwendungen	585.576,38	
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	6.793,25	
Freiwillige soziale Aufwendungen, lohnsteuerfrei	7.970,71	
Versorgungskassen, Künstlersozialkasse	4.751,64	
Summe soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		605.091,98
Summe Personalaufwand		**3.859.629,40**

	Betrag	Summe
5) Abschreibungen		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	72.170,82	
Abschreibungen auf Sachanlagen (ohne AfA auf Kfz und Gebäude)	28.989,21	
Abschreibungen auf den Sammelposten Wirtschaftsgüter	32.614,32	
Summe Abschreibungen		**133.774,35**

Fortsetzung Gewinn- und Verlustrechnung 2018

	Betrag	Summe
6) Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Verluste durch außergewöhnliche Schadensfälle	1.500,00	
Schenkungssteuer	87.540,00	
Anlagenabgänge Sachanlagen (Restbuchwert bei Buchgewinn)	16.221,28	
Ausgleichsabgabe i. S. d. Schwerbehindertengesetzes	1.500,00	
Miete (unbewegliche Wirtschaftsgüter), regelmäßig	94.111,83	
Miete (unbewegliche Wirtschaftsgüter), zus. Räumlichkeiten	78.450,64	
Gas, Strom, Wasser	19.677,27	
Reinigung	6.526,24	
Sonstige Raumkosten	752,08	
Versicherungen	16.556,35	
Beiträge, Mitgliedschaften	134.810,88	
Werbekosten	42.472,85	
Online-Anzeigen, Online-Mobilisierung	186.754,16	
Geschenke abzugsfähig ohne §37b EstG	9,16	
Bewirtungskosten	2.080,63	
Aufmerksamkeiten	10.765,32	
Reparaturen und Instandhaltungen von anderen Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.033,77	
Wartungs- und Betriebskosten für Hardware	7.111,27	
Sonstige Reparaturen und Instandhaltungen	136,37	
Fremdleistungen/Fremdarbeiten	598.709,49	
Porto	74.752,99	
Telefon	42.420,65	
Bürobedarf	5.895,41	
Zeitschriften, Bücher	1.382,56	
Fortbildungskosten	58.018,62	
Workshop-Kosten	24.220,54	
Rechts- und Beratungskosten	50.819,74	
Abschluss- und Prüfungskosten	5.650,00	
Aufwendungen für die zeitlich befristete Überlassung von Rechten (Lizenzen, Konzessionen)	45.075,68	
Aufwendungen für Abraum- und Abfallbeseitigung	20,51	
Nebenkosten des Geldverkehrs	56.753,82	

Fortsetzung Gewinn- und Verlustrechnung 2018

		Summe
Fortsetzung 6) Sonstige betriebliche Aufwendungen	**Betrag**	
Betriebsbedarf	79,85	
Werkzeuge und Kleingeräte	1.847,53	
Summe sonstige betriebliche Aufwendungen		**1.673.657,49**

	Betrag	Summe
7) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		
Zins- und Dividendenerträge	22,22	
Habenzinsen Geldanlagen	4.981,89	
Summe sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		**5.004,11**

	Betrag	Summe
8) Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1,33	
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen		**1,33**

	Betrag	Summe
9) Jahresüberschuss		**1.204,406,82**

	Betrag	Summe
10) Entnahmen aus Rücklagen		
Erträge aus der Auflösung von Betriebsmittelrücklagen	110.610,10	
Erträge aus der Auflösung der zweckg. Projektrücklagen	538.136,33	
Summe Entnahme aus Rücklagen		**648.746,43**

	Betrag	Summe
11) Einstellungen in Rücklagen		
Einstellungen in die Projektrücklagen	847.639,35	
Einstellungen in die Betriebsmittelrücklage gem. § 62 (1) Nr. 1 AO	110.610,10	
Einstellungen in die freien Rücklagen gem. § 62 (1) Nr. 3 AO	894.903,80	
Summe der Einstellungen in die Rücklagen		**1.853.153,25**

	Betrag	Summe
12) Bilanzergebnis		**0,00**

Tabelle 8

Bilanz (in €)

Die Bilanz informiert über Herkunft und Verwendung des Kapitals bei Campact. Sie ist Bestandteil des Jahresabschlusses und liefert die Übersicht über das Vermögen einer Organisation.

Aktiva	**31.12.2018**	**31.12.2017**
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	178.059,29	198.484,85
II. Sachanlagen	120.860,83	137.403,32
III. Finanzanlagen	559.738,51	557.975,00
	858.658,63	**893.863,17**
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	65.316,17	77.612,78
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	4.151.014,87	2.281.422,19
	4.216.331,04	**2.359.034,97**
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**32.241,32**	**2.317,64**
	5.107.230,99	**3.255.215,78**

Tabelle 9

Passiva	**31.12.2018**	**31.12.2017**
A. Eigenkapital		
I. Freie Rücklagen	3.015.741,16	2.120.837,36
II. Gebundene Rücklagen	1.047.639,35	738.136,33
	4.063.380,51	**2.858.973,69**
B. Rückstellungen	**446.526,73**	**138.283,79**
C. Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	357.817,80	195.134,11
II. Sonstige Verbindlichkeiten	239.505,95	62.824,19
	597.323,75	**257.958,30**
	5.107.230,99	**3.255.215,78**

Tabelle 10

Externe Prüfung

Campact ist durch vereinsrechtliche Vorschriften beziehungsweise die Abgabenordnung nicht zu einer externen Prüfung des Jahresabschlusses verpflichtet. Wir lassen unsere Buchhaltung jedoch sowohl intern vom Campact-Haushaltsausschuss prüfen, wie in der Satzung des Vereins festgelegt, als auch extern durch die Hamburger Treuhand Gesellschaft Schomerus & Partner mbB jährlich kontrollieren.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers Hamburger Treuhand Gesellschaft Schomerus & Partner mbB

An den Campact e.V., Berlin

Prüfungsurteil
Wir haben den Jahresabschluss des Campact e.V., Berlin, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil
Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Verein unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses
Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 am bedeutsamsten waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Vereins haben wir uns besonders mit den steuerlichen Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 10. Januar 2019 und den sich daraus ergebenden Rückstellungsverpflichtungen befasst. In dem Urteil entschied der BFH, dass die Tätigkeit des Attac Trägerverein e.V. (Attac) zu Recht vom zuständigen Finanzamt als nicht gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung eingeordnet wurde. Campact engagiert sich in ähnlicher Weise wie Attac als Bürgerbewegung durch Beteiligung an und Organisation von Demonstrationen, Informationskampagnen und Online-Petitionen, die sich ausdrücklich an politische Entscheidungsträger richten. Auf Basis von mit der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen geführten Gesprächen muss Campact davon ausgehen, für die Jahre 2015–2017 keinen Freistellungsbescheid mehr zu erhalten. Sowohl ertragsteuerliche Konsequenzen als auch eine Spendenhaftung sind derzeit für diese Jahre nicht zu erwarten. Allerdings wird Schenkungsteuer auf alle Spenden fällig werden, soweit die zugewendete Summe pro Spender in diesem Zeitraum 20 T € übersteigt. Der Verein hat die voraussichtlich zu entrichtende Steuer für die Jahre 2015

bis 2018 mit 88T€ berechnet, die in Form einer Rückstellung im Jahresabschluss berücksichtigt wurde.

Wir haben – mit Ausnahme des Sachverhalts, der im Abschnitt „Grundlage für das eingeschränkte Prüfungsurteil" beschrieben ist – bestimmt, dass es keine besonders wichtigen Prüfungssachverhalte gibt, die in unserem Bestätigungsvermerk mitzuteilen sind.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Vereinstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Vereinstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Vereinstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

• identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

• gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit dieser Systeme des Vereins abzugeben.

• beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

• ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Vereinstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Vereinstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verein seine Vereinstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, den 23.08.2019

Hamburger Treuhand Gesellschaft
Schomerus & Partner mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Zweigniederlassung Berlin

Lehmann
Wirtschaftsprüfer

Beutel
Wirtschaftsprüferin

Über uns

Gründungsgeschichte

„Das brauchen wir in Deutschland auch!" Christoph Bautz und Felix Kolb waren begeistert, als sie erfuhren, wie Menschen in den USA politische Beteiligung ermöglicht wird. Ganz einfach im Netz, per Online-Petition – gemeinsam mit anderen engagierten Bürger*innen. 2004 gründeten sie mit Dr. Günter Metzges Campact. Nicht in Berlin, sondern in Verden – im Ökozentrum, gemeinsam mit anderen selbstverwalteten Betrieben und politischen Initiativen. Anfangs wurden sie noch belächelt: als eine Gruppe vermeintlicher Bio-Bauern, die hin und wieder eine Petition starten. Heute verbindet Campact über 2,2 Millionen Menschen in ihrem politischen Engagement für ökologischen, sozialen und demokratischen Wandel. Hier ein paar wichtige Meilensteine und Erfolge, zu denen unsere Bürgerbewegung maßgeblich beigetragen hat:

2004: Gründung Campact

Juli 2007: Verfassungsgericht bestätigt Veröffentlichungspflicht für Nebeneinkünfte von Politiker*innen

April 2009: Genmais MON810 wird verboten

März 2011: 250.000 gehen für den Atomausstieg auf die Straße

2011: Campact erhält die Theodor-Heuss-Medaille für bürgerschaftliche Initiative und Zivilcourage

2013: Campact ist Mitgründer des Online Progressive Engagement Network (OPEN)

Juni 2013: Wasserprivatisierung in Europa verhindert

Oktober 2015: 250.000 protestieren in Berlin gegen TTIP und CETA

Juni 2016: 320.000 Menschen demonstrieren in 7 Städten für eine bessere Handelspolitik

Juni 2017: 1,3 Mio unterschreiben EBI für ein Glyphosat-Verbot

Oktober 2018: 50.000 Menschen protestieren am Hambacher Wald für den Kohleausstieg

Wie Campact einkauft

Seit unserer Gründung 2004 streitet Campact für ökologischen Fortschritt. Natürlich verfolgen wir dieses Ziel auch in unserer eigenen Arbeit. Ob Transport, Serverstrom oder der Kaffee im Büro – wir entscheiden uns für die umwelt- und sozialverträgliche Variante.

Campact ist im Ökozentrum in Verden zuhause. Hier gibt es eine Photovoltaik-Anlage, die Campact als Mieter und Teil der Nutzer*innengemeinschaft verwendet. Dadurch tragen wir zur erneuerbaren Stromproduktion bei – ganz im Sinne der Energiewende. Die Grauwasser-Anlage im Ökozentrum spart zudem jährlich Tausende Liter Trinkwasser ein. Das Bio-Restaurant „Liekedeeler" im Erdgeschoss bietet einen Mittagstisch an, der vom Campact-Team genutzt wird.

Campact nutzt hauptsächlich E-Mails – und spart damit Hunderttausende Postbriefe ein. Drucksachen erzeugen wir nur selten: 2018 haben wir unsere Spendenbescheinigungen zum letzten Mal auf Papier erstellt und allen Förder*innen und Spender*innen ab einer Spendensumme von 50 Euro geschickt. Mit dabei: unser Jahresrückblick-Flyer, gedruckt auf 100-Prozent-Recyclingpapier, mit Pflanzenfarben und regenerativ erzeugtem Strom.

Ob Kugelschreiber, Textmarker oder Papierblock: Campact bezieht seine Büromaterialien von einem ökologisch orientierten Anbieter. Der Bürokaffee stammt vom Café Libertad Kollektiv eG (Hamburg), das seinen Kaffee von indigenen Kaffeebäuer*innen im mexikanischen Chiapas und anderen Regionen bezieht. Das Kollektiv zahlt Preise über dem Fairtrade-Niveau und fördert die Arbeit der Bäuer*innen mit Projekten in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Infrastruktur. Außerdem unterstützt das Kollektiv auch in anderen Ländern soziale Bewegungen und transnationale Camps.

Trotz vieler Aktionen in ganz Deutschland besitzt Campact kein eigenes Kraftfahrzeug: Wir transportieren das Aktionsmaterial mit Mietfahrzeugen. Auch Lautsprecheranlagen und anderes technisches Equipment mieten wir – das spart Kosten und mindert die Umweltbelastung.

Mobilität bedeutet für Campact-Mitarbeiter*innen meist, mit der Bahn in der 2. Klasse zu reisen. Campact ist Mitglied im weltweiten OPEN-Netzwerk, dadurch gibt es vereinzelt Flugreisen zu Treffen außerhalb Deutschlands. Ein Beispiel ist das jährliche „OPEN Summit". Zum Ausgleich kompensiert Campact die Flüge mit Atmosfair.

Kurzprofil

- **Campact e.V., Sitz:** Berlin, Verwaltung: Verden/Aller, gegründet 2004

- Campact ist wegen Förderung von Wissenschaft und Forschung, Förderung der Volks- und Berufsbildung sowie der Studentenhilfe, Förderung des Umweltschutzes, allgemeiner Förderung des demokratischen Staatswesens, Förderung des bürgerschaftlichen Engagements laut letztem zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I Berlin (StNr. 27/662/54794) vom 5.4.2016 als gemeinnützig anerkannt. Trotzdem können wir bis auf Weiteres keine Zuwendungsbestätigungen mehr ausstellen. Damit folgen wir der dringenden Empfehlung der Steuerberater*innen und Anwält*innen von Campact. Nach dem Urteil des Bundesfinanzhofes zur Gemeinnützigkeit von Attac müssen wir leider davon ausgehen, dass wir keinen Freistellungsbescheid vom Finanzamt Berlin für die Jahre 2015, 2016 und 2017 erhalten werden.

- **Das Fundament von Campact:** Aktuelle Satzung vom 31.3.2017 unter https://www.campact.de/campact/ueber-campact/der-verein/. Auf unserer Website https://support.campact.de finden sich zudem Antworten auf häufig gestellte Fragen.

- **Geschäftsführender Vorstand:** Christoph Bautz, Verden; Daphne Heinsen, Hamburg; Dr. Felix Kolb, Bremen

- **Haushaltsausschuss:** Gisela Enders, Gisela Maiß, Gisa Rewinkel

- **Anzahl der fest angestellten Beschäftigten (im Jahresdurchschnitt):** 66 (entsprechen rund 53 Vollzeitäquivalenten)

- **Themen und Aktivitäten 2018:** siehe Seiten 6 bis 34 in diesem Bericht

- **Umfang ehrenamtlicher Arbeit:** Über 2 Millionen Menschen haben den Campact-Newsletter abonniert (Ende 2018) und unterstützen die Online-Kampagnen von Campact durch Unterzeichnung und Weiterverbreitung der Appelle. Vor Ort engagieren sich zahlreiche Campact-Unterstützer*innen: So besuchten sie beispielsweise 120 Bundestagsabgeordnete, um mit diesen über das Klima zu sprechen.

- **Budget:** 10 Millionen Euro (2018)

- **Details zur Mittelverwendung und Herkunft:** ab Seite 35 in diesem Bericht

- **Organisationen (juristische Personen), deren Zuwendung 2018 mehr als 10 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat:** keine

- **Organisationen (juristische Personen), deren Zuwendung 2018 mehr als 5 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat:** keine

- **Organisationen (juristische Personen), deren Zuwendungen 2018 5.000 Euro oder mehr betrug:** keine

- **Gesellschaftsrechtliche Verbundenheit mit Dritten:** Campact e.V. ist Mitgesellschafter (49 Prozent der Anteile) und Kooperationspartner der im Juni 2012 gegründeten openPetition gGmbH.

- **Natürliche Personen, deren Zuwendung 2018 mehr als 10 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat:** keine

- **Natürliche Personen, deren Zuwendung 2018 mehr als 5 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat:** keine

- **Natürliche Personen, deren Zuwendungssumme 2018 5.000 Euro oder mehr betrug:** neun

- Campact ist Träger der Theodor-Heuss-Medaille 2011

- Campact unterstützt die Initiative Transparente Zivilgesellschaft und legt nach deren Standards Rechenschaft ab über Strukturen, Mittelherkunft und -verwendung. Auf Initiative von Transparency Deutschland e.V. haben zahlreiche Akteure aus der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft zehn grundlegende Punkte definiert, die jede zivilgesellschaftliche Organisation der Öffentlichkeit zugänglich machen sollte. Dazu zählen unter anderem die Satzung, die Namen der wesentlichen Entscheidungsträger*innen sowie Angaben über Mittelherkunft, Mittelverwendung und Personalstruktur.

- Um noch mehr Transparenz zu gewährleisten, hat Campact seit Oktober 2017 eine Webseite, auf der Fehler öffentlich genannt und korrigiert werden: https://www.campact.de/campact/ueber-campact/fehlermeldung/

Anhang

Kooperationspartner*innen im Jahr 2018

Campact ist dankbar, mit so vielen starken Partner*innen für ökologischen, sozialen und demokratischen Wandel streiten zu können. 2018 verfolgten wir unsere Kampagnen an der Seite folgender Organisationen und Verbände:

Adopt a Revolution, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Avaaz, BUND, BUND jugend, BUND Naturschutz in Bayern, Buirer für Buir, Brot für die Welt, Das NETTZ, Deutscher Naturschutzring, Fearless Democracy, foodwatch, Forum Umwelt und Entwicklung, Germanwatch, Gesellschaft für Freiheitsrechte, GLOBAL 2000, Greenpeace, Klima-Allianz Deutschland, Kulturbüro Sachsen, Liberal-Islamischer Bund, LobbyControl, LOVE-Storm, Meine Landwirtschaft, Mehr Demokratie, Bündnis #Mietenwahnsinn, MISEREOR, Münchner Mieterstammtisch, NABU, NAJU, NaturFreunde Deutschlands, Naturfreundejugend Deutschlands, Netzteufel, Netzwerk Steuergerechtigkeit, No Hate Speech Movement, Pesticide Action Network Europe, PowerShift, Seebrücke, Sea-Watch, Tax Justice Network, Trägerkreis „Wir haben es satt!“, Umweltinstitut München, urgewald, Verkehrsclub Deutschland, WWF.

Körperschaften, die im Jahr 2018 von Campact finanzielle Mittel erhalten haben

Weitere Informationen zu den Tabellen 11 und 12 finden sich unter „Weitergabe von Mitteln an andere Körperschaften".

Mitgliedsbeiträge und Empowerment von nationalen und internationalen Bewegungsorganisationen (in €)

Empfänger	Zweck	Betrag
Akcja Demokracja (Polen)	Politische Bildung	43.600,00 €
Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung e.V.	Mitgliedsbeitrag	11.000,00 €
aufstehn e.V. (Österreich)	Politische Bildung	42.000,00 €
Correctiv e.V.	Spende	240,00 €
DeGoedeZaak (Niederlande)	Politische Bildung	62.000,00 €
Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR)	Mitgliedsbeitrag	7.500,00 €
Fearless Democracy e.V.	Hate Speech	25.000,00 €
Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) e.V.	Mitgliedsbeitrag für Klima-Allianz Deutschland	7.000,00 €
Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) e.V.	Spende	20.000,00 €
Forum Umwelt & Entwicklung	Netzwerk Gerechter Welthandel	5.125,00 €
Geschichtswerkstatt Lüneburg	Spende	150,00 €
Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V.	Klage gegen das neue Polizeigesetz in Bayern	70.000,00 €
Ich bin hier e.V.	Hate Speech	75.000,00 €
Kulturbüro Sachsen e.V.	Antirassistische und demokratie-förderende Jugendarbeit	67.500,00 €
Le Mouvement (Frankreich)	Politische Bildung	63.000,00 €
Mensch Mensch Mensch e.V.	Seebrücke	77.000,00 €
NaturFreunde Berlin e.V.	Spende	7.500,00 €
NEO Philanthropy Action Fund, Inc.	OPEN Mitgliedsbeitrag	116.310,88 €
openPetition gGmbH	Spende	140.000,00 €
OpsWorks India	OPEN Beitrag	15.000,00 €
Sea-Watch e.V.	Seenotrettung	4.179,00 €
Uplift (Irland)	Politische Bildung	41.500,00 €
Summe		**900.604,88 €**

Tabelle 11

Beiträge zur Finanzierung von gemeinsamen Kampagnen-Aktivitäten

Empfänger	Zweck	Betrag
Amadeu Antonio Stiftung	Studie Hate Speech Hessen	23.500,00 €
COMM e.V.	Hambacher Wald Camp	30.190,00 €
Deutscher Förderverein für die Arbeit globaler grüner Bewegung e.V.	Klimacamp Leipziger Land	2.000,00 €
Digitalcourage e.V.	Beitrag für #unteilbar Demo	50.000,00 €
Digitalcourage e.V.	Beitrag für #noPag Demo	5.000,00 €
Forum Umwelt & Entwicklung	Kampagne „Meine Landwirtschaft"	5.000,00 €
Forum Umwelt & Entwicklung	Demo „Wir haben es satt" 2018	47.000,00 €
Global 2000	Spende Glyphosat	2.000,00 €
Initiative Buirer für Buir	Demo Hambacher Wald	10.000,00 €
NaturFreunde Berlin e.V.	Bundesweiter Aktionstag „Stop Kohle!"	10.000,00 €
NaturFreunde Berlin e.V.	Demo Kohle stoppen – Klimaschutz jetzt!	40.000,00 €
NaturFreunde Berlin e.V.	Demo Hambacher Forst	20.000,00 €
Summe		**244.690,00 €**

Tabelle 12

Impressum

Herausgeber: Campact e.V., Artilleriestr. 6, 27283 Verden
www.campact.de | support@campact.de
Verantwortlich: Daphne Heinsen, Dr. Felix Kolb
Redaktion: Nátali Krick, Jacob Fricke, Vera Kuchler, Tina Musil
Redaktionsschluss: 23.08.2019
Fotos: Daniel Assmann, Philip Eichler, Chris Grodotzki, Jakob Huber, Luca Leinemann, Lukas Klose, Christian Mang, Ruben Neugebauer, Jörn Neumann, Eva Schaper, Paul Lovis Wagner
Icons: thenounproject.com
Layout: www.zitrusblau.de

Fördern Sie Campact

Unsere Bürgerbewegung ist schnell, ausdauernd und unabhängig – dank über 73.000 Förder*innen. Seien Sie dabei: Stärken Sie Campact mit Ihrem regelmäßigen Förderbeitrag.

Klicken Sie hier!

„Campact bietet uns die Gelegenheit, eine öffentliche Stimme zu haben. Alleine würde ich das nicht schaffen."
Gert S., Förderer aus Grafschaft

„Ich finde es großartig, wie Campact immer wieder kreativ auf die neuen Herausforderungen reagiert!"
Christoph H., Förderer aus Eisenbach

„Ich spreche Campact ein großes Lob aus für die Möglichkeit, die sie Menschen wie mir bietet, in einer großen Gemeinschaft etwas zu bewirken."
Gesa B., Förderin aus Weener

Bewegt Politik
campact!